Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend. Ortsbezug halbmtl. GM. 1.10. Postbez monatl. Nachforderung vorbehalten. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 15 Gpfg., Sonnabends 25 Gpfg. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Kälterstraße 4; Zweigstelle Gotthardtstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Im Falle höh. Gem. (Streik usw.) besteht k. Anspr. o. Liefer. od. Rückvergüt.

Anzeigenpreis Für den achtgespaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennige; im Reklameteil 28 Goldpfg.; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfg. Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100.

Nr. 254 — Dienstag den 28. Oktober 1924 — 164. Jahrgang

Tageschronik

Das auf Grund französischer Anschuldigungen eingeleitete Ermittelungsverfahren gegen Generaloberst v. Heeringen wegen Kriegsverbrechen ist auf Antrag des Oberreichsanwalts eingestellt worden, da die Anschuldigungen völlig haltlos sind.

*

Der bayrische Finanzminister droht mit Rücktritt, wenn die Parteien auf Durchführung ihrer zahlreichen Anträge auf Steuerleichterung für die Landwirtschaft bestehen.

*

Die englischen Morgenblätter richten energische Mahnungen an die Wählerschaft, sich morgen an den Wahlen unter allen Umständen zu beteiligen.

*

Die Entscheidung der französischen Regierung über die Anerkennung Sowjetrußlands wird heute der Moskauer Regierung mitgeteilt.

*

Wupeifu hat dem diplomatischen Korps mitgeteilt, daß er mit einem Heer von 100 000 Mann gegen Peking marschieren will.

*

100 amerikanische Marinesoldaten sind nach Peking entsandt worden.

Gegen die Verdrehungsmanöver.

Die Vorgeschichte der Krise.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Es ist begreiflich, daß die einzelnen Parteien den Wunsch haben, die Verantwortung um die Auflösung des Reichstages von sich abzuwälzen. Deshalb wird auch der ganze bisherige Wahlkampf nur um diesen Punkt geführt. Die Demokraten haben ja darin die schwierigste Lage, weil bei ihnen doch ganz offensichtlich die Verständigung mit den Deutschnationalen gescheitert ist. Aber auch das Zentrum hat sich dagegen zu wehren, daß schließlich auch ohne die Demokraten eine bürgerliche Mehrheit möglich gewesen sei. Die „Germania" veröffentlicht einen Artikel, in dem sie nachzuweisen versucht, daß die Wirtschaftliche Vereinigung, deren fünfzehn Stimmen den Ausschlag für die Mehrheit geben würden, höchst unzuverlässig sei und daß deshalb der Kanzler mit ihr allein das Experiment nicht hätte wagen können. Wenn diese Argumentation richtig ist, dann ist es doch noch viel eher richtig, daß der Kanzler es nicht wagen konnte, mit dem gegenwärtigen Minderheitskabinett vor den Reichstag zu gehen; die Vorwürfe gegen die Deutsche Volkspartei, daß sie die Krise heraufbeschworen hätte, fallen jedenfalls damit zusammen.

In seinem Rückblick auf die innere Politik der Woche geht auch Graf Westarp in der „Kreuz-Zeitung" auf die Verhandlungen ein und teilt dabei mancherlei bisher unbekannte Einzelheiten mit. Er erzählt, daß der Reichskanzler den Deutschnationalen zunächst einschließlich des Ernährungsministeriums vier Sitze anbot, wobei er ihnen die Entscheidung überließ, ob das Ernährungsministerium dem Grafen Kanitz verbleiben oder von einem Deutschnationalen besetzt werden sollte. Am nächsten Tage habe der Kanzler diesen Vorschlag zurückgezogen und ultimativ die Zustimmung dazu verlangt, daß Graf Kanitz Ernährungsminister bleibe und die Deutschnationalen sich mit drei Ministerien begnügten. Die Deutschnationalen hätten daraufhin ihren ersten Beschluß, wonach Abg. Schiele Ernährungsminister, Hergt Vizekanzler und Innenminister, Leopold Wirtschaftsminister, Luverenz Verkehrsminister werden sollte, dahin abgeändert, daß sie sich mit dem Grafen Kanitz einverstanden erklären würden, falls die Personal-Union zwischen dem Vizekanzler und dem Innenminister aufgehoben würde. Beide Beschlüsse seien aber dem Kanzler nicht offiziell mitgeteilt worden: es sei gar nicht so weit gekommen, weil die Verhandlungen mit den Demokraten vorher zum Bruch führten. Auffallend ist übrigens die Schärfe der Tonart, die Graf Westarp in diesem Zusammenhang gegen den Reichspräsidenten Ebert anschlägt. Er erinnert an das Gerücht, daß vier große Parteien den Reichspräsidenten aufgefordert hätten, zurücktreten, weil die Präsidentenwahl mit den jetzigen Wahlen verbunden werden könne.

Das Programm des Zentrums.

Ein Rede des Reichskanzlers.

Auf der Vollsitzung des Zentrumsparteitages, der von Stegerwald geleitet wurde, hielt der Parteivorsitzende, Reichskanzler Marx, eine ausführliche Rede, in der er zunächst über die verschiedenen Strömungen in der Zentrumspartei, der konservativen und der modern-demokratischen, sich äußerte. Das Geheimnis der Zentrumspartei, ihre verschiedenartigen Strömungen in sich vereinigen zu können, liege in der festgefügten Weltanschauung des Zentrums. Marx ging dann des weiteren auf die Außenpolitik Deutschlands ein und stellte als Ziel dar, unter den Völkern den Willen zu dauernder, friedlicher Zusammenarbeit zu wecken und zu pflegen. Diese Mission habe aber ein freies Deutschland zur Voraussetzung und ein Großdeutschland, in dem die ganze deutsche Nation vereinigt ist, und ein Deutschland mit Kolonien. „Wir haben", so fuhr Marx fort,

„das heilige Recht, als freie Nation zu leben, nicht verwirkt;

denn Deutschlands Alleinschuld am Kriege ist ein Märchen. Diese Unschuld Deutschlands würde auch durch das Urteil der Welt unterstrichen werden, wenn erst einmal alle Archive der am Krieg beteiligten Mächte geöffnet würden. Die erzwungene Unterschrift von Versailles ist für die Feststellung der wissenschaftlichen Wahrheit ohne jede Bedeutung. Wir gehen den Weg schwerer, aber endlicher Befreiung. Wenn heiße Herzen von heute auf morgen das deutsche Volk frei haben wollen, so liegt darin nicht der Wunsch nach Rache, sondern die Forderung des Rechts, und das Unrecht des Ruhreinbruches wird das deutsche Volk nicht zum zweiten Male in Geduld ertragen. Die Reparationsfrage ist durch den Abschluß des Londoner Vertrages endlich in die Bahn einer ruhigen Entwicklung gebracht worden; aber der Vertrag drängt zu Verbesserungen zur vollkommneren Lösung. In der Völkerbundsfrage sieht Deutschland die Unvollkommenheiten des in dem Versailler Vertrag geschaffenen Völkerbundes wird aber trotzdem entschlossen sein, diesem Völkerbunde beizutreten, aus dem Willen zum Frieden und aus der Hoffnung auf Gerechtigkeit im Völkerleben heraus. Wir sind zur lojalen Mitarbeit des Völkerbundes bereit.

Bei der Behandlung der innerpolitischen Fragen ging Marx von dem Satz aus, daß die äußere Grundlage des deutschen Staatswesens die Weimarer Verfassung sei, die als dem Gemissen nach verpflichtend anerkannt werden müsse und die äußeren Voraussetzungen für die Verwirklichung eines

innerpolitischen Gemeinschaftswillens

geschaffen habe. Der Versuch, diesen Gemeinschaftswillen zu verwirklichen, ist aber am kleinlichen Geist der Parteien gescheitert. Die Verschiedenartigkeit der Weltanschauung, besonders der Konfessionen hat das verursacht. Gerade die Idee des Christentums und besonders des Katholizismus darf sich aber nicht gegen andere Weltanschauungsgruppen abschließen, deswegen sind auch Koalitionen mit diesen nicht unsittlich. Schwarz-Rot-Gold ist nicht Verkzeerung und Verkennung von Schwarz-Weiß-Rot, sondern das Symbol für das politische Streben, das das gesamtdeutsche Volk ohne Vormachtstellung eines einzelnen Teiles zu einem nach außen und innen gefestigten deutschen Reiche zusammenfassen will. Die deutsche Republik von heute ist uns nicht Vollendung. Das Zentrum sei bereit, in der Stellung zu dieser Staatsform von heute einen Ausgleich zwischen der konservativen und der liberalen Richtung eintreten zu lassen.

Nach längeren Ausführungen über Sozialpolitik schloß der Kanzler mit einem energischen Bekenntnis für christliche Kulturpolitik.

Hierauf erstattete Dr. Fehrenbach ein Referat über die Arbeit der Reichstagsfraktion und äußerte sich dabei energisch gegen ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen.

* * *

Die Zusammensetzung der Hamburger Bürgerschaft

wird nach den endgültigen amtlichen Feststellungen für die nächste Wahlperiode folgendes Bild ergeben:

Völkisch-sozialer Block 4 (0), Deutschnationale 28 (18), Deutsche Volkspartei 23 (31), Gewerbetreibende 2 (0), Zentrum 2 (2), Demokraten 21 (23), Mieterverband 2 (0), Verein der Wohnungsuchenden 1 (0), Sozialdemokraten 53 (60), Kommunisten 24 (17).

*

Wenn man die zahlenmäßigen Ergebnisse der Hamburger Bürgerschaftswahlen mit den Reichstagswahlen vom 4. Mai vergleicht, so ist festzustellen, daß die Völkischen und die Kommunisten, also die extremen Flügelparteien, stimmenmäßig die stärksten Einbußen erlitten haben. Die Völkischen haben mit 13 412 gegen 37 737 im Mai rund 24 000 Stimmen und die Kommunisten mit 78 642 gegen 114 365 rund 36 000 Stimmen verloren. Aber auch die Deutschnationalen haben mit 91 781 gegen 122 004 rund 31 000 Stimmen eingebüßt. Der Stimmenrückgang bei der Deutschen Volkspartei mit 3000 und bei den Demokraten mit 8000 Stimmen ist geringfügiger. Die Sozialdemokraten aber haben gegen die Mai-Wahlen sogar noch 1000 Stimmen gewonnen. Wenn diese Zunahme auch nicht hinreichender Grund ist zu den überschwenglichen Hymnen, die die sozialistische und die ihr verschwisterte, linksdemokratische Presse anstimmt, namentlich auch im Hinblick darauf, daß die äußerste Linke schwere Verluste erlitten hat, so gewinnt doch immerhin dieser Zuwachs bei den Sozialdemokraten durch den Rückgang bei allen bürgerlichen Parteien eine gewisse Bedeutung. Um so mehr müssen die bürgerlichen Parteien bei den bevorstehenden Reichstagswahlen alle ihre Kräfte einsetzen, um zu verhindern, daß die Wahl in Hamburg später als Symptom für die allgemeinen Wahlen im Reiche gedeutet werden kann.

*

Der augenblicklich bestehende Senat jetzt sich zusammen aus 8 Sozialisten, 6 Demokraten (1 Sitz durch Todesfall frei) und 2 Parteilosen. Da die 24 Kommunisten für die Senatsbildung nicht in Frage kommen, sondern in der Opposition bleiben, hat sich für den Senat mit 21 Demokraten, 53 Sozialisten und 2 Mieterverbandsabgeordneten, zusammen 76, gegenüber den 60 Bürgerlichen und der kommunistischen Opposition immerhin eine Minderheit von 8 Stimmen herausgebildet. Ob der bisherige Senat dann in einer der nächsten Sitzungen die Vertrauensfrage stellen wird, oder in welcher Form das veränderte Mehrheitsverhältnis sich auswirken wird, muß von den inzwischen einzuleitenden Verhandlungen zwischen den Führern der bürgerlichen Parteien und dem Senat abhängen.

Die Niederlage des sozialistisch-demokratischen Senats wäre allerdings noch schwerer gewesen, wenn nicht wiederum nur etwa 70 Prozent der Wähler an der Wahlurne erschienen wären. Die fehlen den 30 Prozent verteilen sich fast gänzlich auf die bürgerlichen Parteien, denn Sozialisten und Kommunisten hatten ihre Truppen bis auf den letzten Mann an die Front gebracht. Das Bemerkenswerte bei dieser Wahl war überhaupt nach der Auffassung bei der Deutschnationalen Volkspartei und bei der Deutschen Volkspartei die außerordentlich große Wahlmüdigkeit in den bürgerlichen Parteien. Man wird daraus die Lehre ziehen, in allererster Linie diese Wahlmüdigkeit bekämpfen zu müssen. Würde das Ergebnis der Hamburger Wahlen typisch sein für das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 7. Dezember, was natürlich bei den besonderen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen Hamburgs nicht der Fall zu

Der Kanzler vor seiner Partei.

Er mußte sprechen, denn er ist verantwortlich für die Lage, in die seine Partei gekommen ist, und er mußte sprechen, weil sein Wort in den stillen Beratungen des Zentrums in den Tagen der Regierungskrise mehr gegolten hat als das einer starken Mehrheit seiner Parteifreunde. Nicht umsonst war vom Zentrum die Parole ausgegeben: kein Wahlaufruf, bevor nicht die Partei selbst gesprochen hat. Und manch einer von den Zuhörern der Rede, die der Reichskanzler auf dem Zentrumsparteitage am Montag in Berlin hielt, wird Herrn Marx als Angeklagten betrachtet haben und wird dann diese despektierlichen Anwandlungen unterdrückt haben mit seiner Beteiligung an dem „spontanen Beifall", von dem manche Zeitungen so Erstaunliches zu berichten wissen.

Es ist ja auch schwer, jetzt für das Zentrum eine Wahlparole zu finden, wenn man eigentlich wählt, um den Deutschnationalen zu entrinnen, und wenn man trotzdem nach außen hin betonen muß, man lehne die Deutschnationalen grundsätzlich durchaus nicht ab.

So war es vielleicht das beste, daß der Kanzler seine Parteirede mit dem Loblied auf das Zentrum an sich begann. Es sind im Zentrum, so hören wir, Kräfte der Beharrung, des Konservativismus am Werke — und wir verstehen das in dem Augenblick, da das Zentrum sich nur so schwer von seiner Linkseinstellung fortbewegen zu können scheint. Aber wir verstehen das nicht im Gedanken an den ersten Reichstag und an die Nationalversammlung, in denen das Zentrum sehr freiwillig seine alte Richtung aufgab und sich der Linken, dem „Neuen", sehr unkonservativ in die Arme warf.

Des Kanzlers Bekenntnis zum Streben nach einem freien Deutschland und nach einem Großdeutschland war ehrlich und konnte im Verein mit jenem ersten Anrufen der alten Einigkeit nur gut wirken.

Aber die dann folgende Erklärung, daß wir die Befreiung vom Schuldbekenntnis nur aus moralischen Gründen suchten, ist doch wohl zu idealpolitisch. Freilich drückt uns auch der Gedanke an die moralische Schuld, die man uns aufgeladen hat, aber genau ebenso drückt uns die rein materielle und greifbare Last, die das Versailler Diktat uns auferlegte. Es mag sein, daß die hohe Politik verschlungene Wege gehen muß. Aber man soll doch nicht vorzeitig die Waffe aus der Hand legen, die uns unsere Gegner selbst gaben, als sie den ganzen Versailler Vertrag auf einer Lüge aufbauten.

Wenn Marx in bezug auf die innerpolitischen Dinge sagte, Bismarck habe die innerdeutschen Fragen machtpolitisch gelöst, sie müßten jetzt gesinnungspolitisch erledigt werden, dann stimmen wir dem zu, wenn Herr Marx die freie Einigung der verschiedensten deutschen Landesteile und Stämme unter dem nationalen Gedanken, dem Gedanken an das Ganze meinte, aber wir müssen es als Utopie bezeichnen, wenn Herr Marx dies etwa als Andeutung auffaßt für eine Fortsetzung des Weges, die ihn schon zu dem Fiasko der Volksgemeinschaft geführt hat.

Man vermißt eigentlich in der Rede des Kanzlers das nähere Eingehen auf die Dinge, die heute zur gegenwärtigen innerpolitischen Lage geführt haben. So wird diese Klärung, die ja auch die Aufstellung der Wahlparole bringen soll, wohl von anderer Seite kommen müssen. Herr Fehrenbach hat es nicht gekonnt. Vielleicht können es die Entschließungen, die katholische Verbände gegen die Sozialdemokratie gefaßt und die im weiteren Verlaufe des Parteitages zur Sprache kommen sollen. Dann wird sich's entscheiden müssen, wohin die christliche Volkspartei sich im kommenden Wahlkampf wendet, auf die Seite der Schwarzrotgoldenen Kirchenfeinde oder der schwarzweißroten Parteien, die ihrer Geschichte und ihrer Tendenz nach als christlich anzusprechen sind.

sein braucht, so würde sich der kommende Reichstag von dem jetzt aufgelösten Reichstag in der Hauptsache nur durch die Zurückdrängung der radikalen Parteien unterscheiden. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei würden so ungefähr zusammen die gleiche Mandatsziffer haben, die sie im alten Reichstag hatten. Damit würde nach wie vor die Entscheidung für die Regierungsbildung und für die ganze Entwicklung der deutschen Politik beim Zentrum liegen, das entweder wieder die „Politik der Mitte" machen könnte, wenn sich die Deutsche Volkspartei der Einbeziehung in eine Linkskoalition auch im neuen Reichstag ebenso energisch widersetzen sollte wie bisher, oder aber die Geltung der Rechtsstimmen trotz des starken Verlustes der Völkischen anerkennen und damit die jetzt gescheiterte Rechtskoalition zur Geltung bringen könnte. Eine glatte Klärung der innerpolitischen Verhältnisse würden im Spiegel der Hamburger Wahlen die kommenden Reichstagswahlen bei dem gleichen Ausgang nicht bringen.

Bürgerlicher Sieg in Flensburg.

Flensburg, 27. Oktober. Bei der gestrigen Wahl eines besoldeten Stadtrates siegten die vereinigten bürgerlichen Parteien mit überwältigender Mehrheit. Der bisherige Stadtrat Kasan erhielt 7004, der sozialdemokratische Gegenkandidat Dr. Lehmann 2982 Stimmen.

Macdonald und der Sinowjeff-Brief.

London, 28. Oktober. Macdonald hielt gestern nachmittag in Caris seine mit Spannung erwartete Wahlrede. Er sagte u. a. daß der Briefe Sinowjeffs erst nach dem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919241028-10/fragment/page=0001

10. Oktober beim Auswärtigen Amte eingegangen sei, also nach der Niederlage des Kabinetts. Der Ministerpräsident forderte seine politischen Gegner auf, nachzuweisen, daß die Regierung bereits vor dem Sturz Kenntnis von dem Briefe gehabt habe. Die Angelegenheit sei niemals Gegenstand einer Kabinettssitzung gewesen. Bei Erhalt des Aktenstückes am 18. Oktober wäre er sich keineswegs im Augenblick im unklaren gewesen, daß mit der größten Sorgfalt und Vorsicht vorgegangen werden müsse, um festzustellen, ob der Brief authentisch sei oder nicht. Die Veröffentlichung hat in dem guten Glauben stattgefunden, daß das Schriftstück tatsächlich authentisch ist. Der Premierminister erhob scharfen Einspruch gegen die politische Ausnützung des Falles durch die Oppositionsparteien und erklärte, daß die Arbeiterpartei keineswegs Uebergriffe in die inneren Angelegenheiten des Reiches dulden werde, aber bereit sei, den Russen fair play zu geben. Rußland werde weiter bestehen und daher sei die Mitarbeit Rußlands unbedingt notwendig.

Auch Lloyd George hat sich in seiner gestrigen Wahlrede verschiedentlich mit dem Briefe beschäftigt und vertritt den Standpunkt, daß es sich um ein echtes Dokument handele, und daß die Sowjet-Regierung bereits früher einwandfreie Beweise, die gegen sie sprachen, einfach abgeleugnet hat.

Eine neue Note Sowjet-Rußlands.

London, 27. Oktober. Rakowski richtete eine neue Note an die englische Regierung, worin er die Behauptung wiederholte, daß das Dokument Sinowjews eine unverschämte Fälschung sei. Er fügt hinzu, da dieses Dokument als authentisch betrachtet wurde, dringe die Sowjetregierung darauf, daß die englische Regierung eine Entschuldigung vorbringe und die Schuldigen bestrafe, weil sie sich darüber klar sein müsse, daß dieser Zwischenfall für beide Länder schwere Folgen haben müsse. Rakowski bittet noch einmal, die ganze Frage einem unparteiischen Schiedsgericht vorzulegen.

Die Wirren in China.

Wupeifu gegen Fengyuhsiang.

London, 28. Oktober. Wie aus Tientsin berichtet wird, hat Wu-Pei-Fu in Tientsin vorläufig sein Hauptquartier aufgeschlagen. Er richtete an das diplomatische Korps eine Erklärung, in der Feng-Yu-Hsiang als Verräter bezeichnet wird. Er teilt weiter mit, daß er eine Armee von 100 000 Mann zusammenbringen werde, um Feng zu beseitigen und die Regierung wiederherzustellen. Wu-Pei-Fu hat einen Teil der Eisenbahn nach Peking in Besitz.

Feng verläßt Peking.

London, 27. Oktober. „Chicago Tribune" erfährt aus Peking, daß Feng seine 40 000 Mann aus Peking zurückgezogen habe. In Peking ist eine Bewegung im Gange, die Tuan-Tschi-Jui zum Präsidenten ausrufen will. Tschang-Tso-Lin hat sich noch nicht entschlossen, Peking zu besuchen. Er fordert die Ausweisung Wu-Pei-Fus und soll die Führer von Tschili nach Mukden zu einer Besprechung eingeladen haben.

Wellington Koo, der Minister für auswärtige Angelegenheiten und frühere Premierminister in China, soll von den Truppen des Generals Feng-Yu-Hsiang verhaftet worden sein. Einer Depesche aus Peking zufolge sollen noch andere politische Persönlichkeiten in Peking festgenommen worden sein.

Amerika und die Finanzkonferenz der Alliierten.

Washington, 27. Oktober. Das State Departement teilt mit, daß Oberst Logan beauftragt worden ist, an der interalliierten Finanzkonferenz teilzunehmen, um die Zahlung von 600 Millionen Dollar Kriegsschadenersatz von Deutschland aus dem Reparationskonto zu erlangen. Die Konferenz ist heute in Paris zusammengetreten.

Wiederaufnahme des O. C.-Prozesses?

Leipzig, 27. Oktober. Wie wir erfahren, wollen sich die Angeklagten im O. C.-Prozeß mit dem am Sonnabend gefällten Urteil des Staatsgerichtshofes nicht zufriedengeben. Bekanntlich gibt es gegen die Entscheidungen des Staatsgerichtshofs an und für sich keine Berufungsinstanz, so daß nur die Möglichkeit einer Wiederaufrollung des Verfahrens übrigbleibt. Aber auch hier sind gewisse Bedingungen vorgeschrieben, da zur Wiederaufnahme eines Verfahrens nötig ist, daß neue Tatsachen vorgebracht werden, die in der ersten Verhandlung dem Gericht nicht bekannt, oder die nicht in der Beweisaufnahme gewürdigt worden sind. Die Angeklagten stützen sich nunmehr vor allem darauf, daß die Ansicht des Gerichtes über die O. C. sich wesentlich geändert hätte, wenn eine Reihe von Zeugen, wie der Untersuchungsrichter Dr. Richter, der Reichspräsechef Dr. Spieker und andere Persönlichkeiten, die noch namhaft gemacht werden sollen, gehört worden wären.

Bayerischer Protest zum O. C.-Prozeß.

München, 27. Oktober. Amtlich wird mitgeteilt: In der Hauptverhandlung, die vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gegen die Organisation C. wegen Geheimbündelei stattfand, ist nach Pressemeldungen die Besetzung des Richterkollegiums in einer Weise erfolgt, die mit dem Abkommen zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung über die Bildung des süddeutschen Senats nicht vereinbar zu sein scheint. Die bayerische Regierung hat unverzüglich die erforderlichen Schritte bei der Reichsregierung unternommen.

Diese Beschwerde bezieht sich darauf, daß für das ordentliche württembergische und das ordentliche hessische Mitglied des süddeutschen Senats (beide Sozialdemokraten) der Präsident, ohne die für diesen Fall gestellten süddeutschen Stellvertreter aufzurufen, zwei Mitglieder des norddeutschen Senats, und zwar die Sozialdemokraten Wissel und Brandes, berufen hat; außerdem war noch ein drittes, demokratisches Mitglied des norddeutschen Senats für ein verhindertes bayerisches Mitglied berufen worden, so daß sich das Laienrichterkollegium aus je drei Mitgliedern des norddeutschen und des süddeutschen Senats zusammensetzte.

Mißglücktes Auftreten Gumbels in Frankreich.

Paris, 27. Oktober. Die deutschen Pazifisten haben mit ihren Propagandareisen in Frankreich wirklich kein Glück. Auch in Le Mans wurde die Veranstaltung, in der der Heidelberger Universitätsprofessor Gumbel im Namen der Liga für Menschenrechte über das Thema „Frankreich und Deutschland" sprechen wollte, von Gegendemonstranten gestört. Ein Plakat der „Action Francaise" hatte die Bevölkerung aufgefordert, gegen die Anwesenheit eines deutschen Redners zu protestieren. Etwa 30 Camelots du Roi versuchten, mit Pfeifen, Rasseln und anderen Musikinstrumenten den Redner am Sprechen zu hindern. Das gelang ihnen auch. Es mußte erst die Polizei eingreifen, um Ordnung zu schaffen. Vier Royalisten wurden verhaftet.

Die Regiezechen zurückgegeben.

Die gesamten Anlagen des Kokereibetriebes auf der Zechenanlage Rhein-Elbe, die der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. gehört, sind von der französischen Regieverwaltung geräumt und den deutschen Eigentümern zurückgegeben worden. Für heute oder morgen erwartet man auch die Uebergabe der drei noch von der Regie betriebenen Zechen.

Aus Stadt und Umgebung

Das Preisrätsel.

Von jeher war ich ein Freund vieler Wünsche. Gewiß, wünschen und besitzen ist zweierlei, und die wenigsten meiner Wünsche, wenn sie Geld kosteten, sind in Erfüllung gegangen: kein Geld habe ich nämlich immer. Neulich las ich nun in der Zeitung, wie man auch ohne Geld diesen und jenen Wunsch erfüllt bekommen kann, z. B. Wünsche nach einem Klavier, einer Wäscheaussteuer, einer Nähmaschine, einem Fahrrad, einer Geige, einer Mandoline, einer Klappkamera, einer Taschenuhr oder einem Füllfederhalter. Wäsche habe ich wohl, aber wenn so eine Aussteuer nichts kosten soll, wünscht man sie sich eben auch doppelt in seinem Besitz. Wie gesagt, alle diese Dinge konnte man haben, wenn man ein Rätsel richtig löst. Es war eigentlich kein richtiges Rätsel, denn bekanntlich muß man bei einem solchen raten. Das war hier nicht nötig, und ich glaubte schon, mir sei ein Irrtum unterlaufen. Anspruch auf die Belohnung mit all den oben bezeichneten Herrlichkeiten hätten nämlich und eigentlich nur die ganz Dummen dafür, daß sie das „Rätsel" nicht lösen können. Aber es stand ja da: richtige Lösungen werden in so freigebiger „teurer" Weise belohnt. Um möglichst alle neun Artikel vom Klavier bis zum Füllfederhalter herunter in meinen Besitz zu bringen, verabredete ich mit acht Freundinnen, sie sollten etwaige in den nächsten Wochen eingehenden ganz großen oder auch kleine Warensendungen, unter Umständen sogar ein Klavier!, in Empfang nehmen, da ich mir einer Braunschweiger Firma gegenüber für eine großzügige Warenbelieferung ihre Adressen anzugeben erlaubt hätte. Nachdem ich ohne weiteres deren Einverständnis erhielt, schickte ich neun Briefe mit richtigen Lösungen nach Braunschweig ab. Nach zwei Tagen erhielt ich einen Brief, der mich zur Einsendung von 5,70 Mk. aufforderte, um zwei hochwertige Kunstwerke „im mehrfachen Wert des Kaufpreises" dafür zugestellt zu bekommen. Am gleichen Tage brachten prompt alle acht Freundinnen ebensolche Briefe meines Braunschweiger „Warenlieferanten". Immer handelte es sich um die 5,70 Mk. kontra zwei „hochwertige" Kunstwerke. Ich hatte aber keine Neigung, 51,30 Mk. für den Farbenkitsch eines so geschäftstüchtigen Versandfritzen zu opfern und rang mich in Erinnerung an die neun Preise zu der Erkenntnis durch:

Wünschen kann man sich das wohl,
Aber fettet das den Kohl?

Die zweite Feststellung war: Der Iduna-Versand in Braunschweig hatte tatsächlich ganz Dumme gesucht!

Z.

*

Die Abfindungssumme. Wie wir bereits gestern mitteilten, ist der Stadtkreis Merseburg in die Ortsklasse B nach dem neuen Ortsklassenverzeichnis eingereiht worden. Es gelangt nun an die Beamten, da es sich hier um Zurückversetzung in eine niedrigere Ortsklasse handelt, eine einmalige Abfindungssumme zur Auszahlung. Sie beträgt:

Besoldungsgruppe I.	1—10 Dienstjahre		12 Mark.
Besoldungsgruppe II.	1— 6 Dienstjahre		
Besoldungsgruppe I.	11—18 Dienstjahre		18 Mark.
Besoldungsgruppe II.	7—18 Dienstjahre		
Besoldungsgruppe III.	— Dienstjahre		
Besoldungsgruppe IV.	1—8 Dienstjahre		
Besoldungsgruppe IV.	9—18 Dienstjahre		36 Mark.
Besoldungsgruppe V.	— Dienstjahre		
Besoldungsgruppe VI.	— Dienstjahre		
Besoldungsgruppe VII.	1—6 Dienstjahre		

Besoldungsgruppe VII vom 7. Dienstjahre ab, erhält 60 M. Diese Abfindungsbeträge sind zahlbar frühestens am 8. November.

Tagung der mitteldeutschen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei. Die Vertreter der mitteldeutschen Arbeitsgemeinschaft der D. V. P. (Wahlkreis Halle-Merseburg, Magdeburg und Thüringen) tagen am Mittwoch, den 29. Oktober, nachm. 4 Uhr, im Hause der Deutschen Volkspartei in Halle a. S. Tagesordnung: Die Reichstagswahlen und die Kandidaten der drei Wahlkreise.

Amtliche Einheitskurzschrift in der Schule. Infolge der Einigung sämtlicher deutscher Länder auf die Einführung einer Einheitskurzschrift haben die preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft ihren Erlaß vom 7. August aufgehoben, worin in Aussicht genommen war, eine auf der Grundlage von Stolze-Schrey verbesserte Kurzschrift in den ihnen unterstellten Schulen einzuführen. Die drei genannten Minister werden nunmehr gleichfalls die Einheitskurzschrift in den Schulunterricht einführen. Es schweben Erwägungen, ob die Durchführung dieser Anordnung schon vor dem 1. April 1926 möglich ist. Während der Uebergangszeit wird der Unterricht in der Kurzschrift in der bisherigen Weise fortgeführt werden.

Das Ende der Reisesparkarten. Die von der Deutschen Reisesparkarten werden vom 1. November ab nicht mehr ausgegeben werden. Die Gültigkeit der bisher ausgegebenen Reisesparkarten erlischt am 31. Dezember d. J. In der Inflationszeit waren die Reisesparkarten eingeführt worden, damit man bei dem ständig sinkenden Geldwert schon vorher die Fahrkarten für eine beabsichtigte Reise unter günstigeren Bedingungen kaufen konnte. Diese Maßnahme hat sich jedoch im ganzen nicht recht bewährt, es ist nur in geringem Umfange von dieser Vergünstigung Gebrauch gemacht worden. Eine Rückvergütung für die Fahrkarten, die bis zum 31. Dezember nicht benutzt werden, ist nicht vorgesehen.

Ein Jahr Rundfunk. Auf der am 31. Oktober aus Anlaß der einjährigen Wiederkehr der Einführung des Rundfunks in Deutschland stattfindenden Tagung des Funktechnischen Vereins im Berliner Konzerthaus Clouw wird der Staatssekretär Dr. Bredow über das Thema „Ein Jahr Rundfunk" zu den Funkfreunden sprechen. Um seine Worte auch weiteren Kreisen der Funkfreunde zu Gehör zu bringen, wird die Ansprache um 7½ Uhr abends über einen Sender der Hauptfunkstelle Königswusterhausen auf Welle 2500 Meter im Reiche verbreitet werden.

Heirat, Geburt und Tod nehmen ab. Die Bewegung der Bevölkerung verlangsamt sich. Es wird weniger geheiratet, weniger werden geboren und weniger sterben. Dies zeigt mit besonderer Deutlichkeit das Ergebnis vom ersten Viertel dieses Jahres, das jetzt aus dem ganzen Reiche und nicht blos aus den Großstädten vorliegt. Die Zahl der Eheschließungen hatte 1913 auf 1000 Einwohner 6,2 betragen, im 1. Viertel 1923 unter der Nachwirkung des Krieges 8,3, ist aber in diesem Jahre schon wieder auf 5,3 oder 15 Prozent unter den Vorkriegszustand gesunken, während sie 1921 68 Prozent darüber betragen hatte. Die Zahl der Geborenen mit Einschluß der Totgeborenen ergab 1913 auf Tausend 28,8, 1923 nur noch 23,7. Sie ist heuer noch weiter auf 22,3 zurückgegangen. Aber auch die Zahl der Todesfälle 1913 16,18, 1923 sogar 17,3, ist 1924 auf 15,0 zurückgegangen. Der Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle hatte 1913 volle 12,0 betragen, 1923 dagegen 6,4, so daß er 1924 mit 7,3 wieder etwas besser geworden ist. Auch die Säuglingssterblichkeit, einst 14,26, im vorigen Jahre 14,59, ist jetzt auf 11,24 zurückgegangen, alles auf 100 Lebendgeborene.

Eine Warnung vor einer planlosen Zuwanderung in das rheinisch-westfälische Industriegebiet erläßt die Reichsarbeitsverwaltung. Nach einer Mitteilung der Abteilung Bergbau des Landesarbeitsamtes Westfalen und Lippe in Bochum hat in den letzten Tagen ein wilder Zustrom von Arbeitern aus fast allen Landesteilen Deutschlands nach dem Industriebezirk eingesetzt. Angesichts des äußerst ungünstigen Arbeitsmarktes daselbst wird so nur das Heer der Erwerbslosen in dem eng bevölkerten Bezirk noch weiter vermehrt. Erst am 15. d. M. sind mehrere Tausende von Bergarbeitern infolge Betriebseinschränkung entlassen worden und weitere Entlassungen stehen noch bevor. Arbeit und Unterkunft ist dort zur Zeit überhaupt nicht zu bekommen. Es kann auch keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln in Betracht kommen.

Noch immer Uniformverbot. In Offizierskreisen herrscht ernste Mißstimmung darüber, daß mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht gleichzeitig das Uniformverbot aufgehoben worden ist. Trotzdem von mehreren Oberlandesgerichten bereits die Verfassungswidrigkeit dieses Verbotes gerichtlich anerkannt wurde, finden die Regierungsstellen doch nicht den Mut, diese Verfügung aufzuheben, der jede rechtliche Grundlage fehlt. In Sachsen geht man so weit, von uniformtragenden Offizieren eine besondere Bescheinigung zu verlangen, die der Uniformträger bei sich führen muß. In Holstein ist es vorgekommen, daß Offiziere in Uniform verhaftet wurden, nur weil sie Uniform trugen. Es ist kein Wunder, daß auch die Uniformfrage von den nationalen Parteien im Wahlkampf angeschnitten und gegen die jetzigen Regierungsträger ausgespielt wird.

Aus der St. Maximi-Gemeinde. Vielfach geäußerten Wünschen entsprechend wird eine regelmäßige wöchentliche Bibelstunde für die Gemeinde eingeführt, welche jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, stattfindet, zunächst im Pfarrhause Breite-straße 18. Beginn in dieser Woche, also am 30. Oktober. Die Bibelstunde, welche bisher schon für den Evang. Männer- und Jugendverein bestand, führt Pastor Naucke weiter, die Bibelstunde für die Gemeinde übernimmt Pastor Angermann.

Deutschnationale Versammlung. Die Versammlung der deutschnationalen Frauengruppe war sehr gut besucht. Nach dem politischen Tagesbericht, der besonders die Reichstagsauflösung behandelte, sprach Frau Knabe-Freyburg über „Nationale Frauenpflichten". Die deutsche Frau hat zwar auch schon vor dem Kriege gewußt, daß sie wichtige Aufgaben im Dienste der Gesamtheit zu erfüllen habe, denn edles Familienleben und ernste Jugenderziehung ist auch ein Dienst für das Vaterland. Aber in ganz anderem Maße sind seit der Revolution der deutschen Frau Pflichten erwachsen; das ihr verliehene Wahlrecht ist nicht durch Abgabe eines Stimmzettels allein erfüllt, nein, werden muß die Frau, daß auch andere ihre Pflicht am Wahltage erfüllen und nicht aus Bequemlichkeit oder Unwissenheit das Vaterland durch Fernbleiben schädigen. Und wenn ein Reichstag so wenig seinen Aufgaben gerecht wird, wie alle seit der Revolution, dann muß die Frau tun, was sie kann, daß ein besserer gewählt wird. In warmen Worten betonte die Rednerin die Bedeutung der christlichen Schule, die noch immer nicht durch ein Reichsgesetz geschützt ist, und die doch die unerläßliche Grundlage für ein Wiederaufblühen des Vaterlandes ist. Alle Stände ohne Ausnahme haben ein dringendes Interesse an einer besseren Gestaltung unserer Gesetzgebung, darum darf schlechterdings keine rechte deutsche Frau sprechen: Politik geht mich nichts an. Unter lebhaftem Beifall schloß die Vortragende ihre spannenden und erhebenden Ausführungen, die tiefen Eindruck bei allen Anwesenden zurückließen.

Landstreicher. Wie die Polizeidirektion Saarbrücken mitteilt, treibt sich eine Schwindlerin namens Bertha Agaton-Schampel, geb. Lier, mit einem Kinde in der Welt herum. Sie geht die Leute um Unterstützung zur Nachhausefahrt an und tritt vermutlich unter dem Namen Weber auf. Dieselbe Polizeidirektion teilt noch mit, daß ein Kesselschmied Wilhelm Willie, 40 Jahre alt, sich ebenfalls mit einem 2jährigen Kinde in der Welt umhertreibt, bettelt und Darlehen aufnimmt, die er zurückgeben will, was selbstverständlich nie geschieht. Sollte jemand irgendwo dieser Landstreicher habhaft werden, so erbittet die Kriminalpolizei in Merseburg (Rathaus) sofortige Mitteilung.

*

208. Bildungsabend.

Für den 208. Bildungsabend, der gestern abend im Jugendheim „Herzog Christian" stattfand, hatte die hiesige Werkgemeinde Herrn Studienrat Lindemann vom Leipziger Seminar für Handfertigkeiten gewonnen, der einen Lichtbildervortrag über „Geschenk im Kleinen" hielt.

Wir müssen zuerst den einfachen Weg zur Schönheit und Kunst gehen, führte der Vortragende aus. Und hier kommt es vor allen Dingen auf Wahrhaftigkeit und Echtheit an. Unsere oft minderwertigen Sachen, die wir von dem Kriege auf den Weltmarkt brachten, ließen die anderen Völker urteilen, daß nur Untüchtige derartige Dinge schaffen können.

An einer Fülle von trefflichen Lichtbildern zeigte dann der Vortragende in Beispiel und Gegenbeispiel, welches unpersönliche, gedankenlose Arbeiten sich in vielen Gegenständen des Schmuckes zeigt, auf welchen Tiefstand der Geschmacklosigkeit wir angekommen sind. Da sahen wir als Druckknöpfe bei elektrischen Klingeln die Augen eines Mädchens, Thermometer in Gestalt von Hellebarden, geschmückte Mülleimer, Elefantenrüssel als Kleiderhaken, Stockgriffe mit Fröschen usw., ferner Kaffeetassen, Vasen, Abreißkalender, Bilderrahmen, Glückwunschkarten, Spielzeuge, geschmacklos u. unpraktisch, aber auch schön, einfach, ehrlich.

Mit schlichten, treffenden Worten und mit prächtigem Humor geißelte der Redner unsere Unkultur, die ein Ausdruck unwahrer Gesinnung ist. So war der Abend ein wirklicher Bildungsabend, der Besinnung auf die wirklichen inneren Werte der Wahrhaftigkeit und Gediegenheit brachte.

Wann gehe ich ins Hallische Stadttheater?

Montag 27. 10.	Dienstag 28. 10.	Mittwoch 29. 10.	Donnerst. 30. 10.	Freitag 31. 10.	Sonnabd. 1. 11.	Sonntag 2. 11.
Anf. 6½	Anf. 7½	Anf. 7½	Anf. 7½	Anf. 7½	Anf. 7½	Anf. 11½ Sinfonie-Konzert
Tristan u. Isolde	Der Zigeunerbaron	Othello	Undine	Wetterleuchten	Die neugierigen Frauen	Anf. 7½ Der Zigeunerbaron

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919241028-10/fragment/page=0002

die zahlreich Erschienenen waren dem Vortragenden von herzen dafür dankbar. Der Leiter des Abends, Studienrat Hemprich, gab dann noch einige Ausführungen über die ziehliche Bedeutung des Werkunterrichts nach der geschmacklichen und wirtschaftlichen Seite hin. Studienrat Lindemann wird unseren Jugendgruppen, die in Basteln begriffen sind, sein wollen, Material und Anleitung zu dieser geeignet hinbringenden Beschäftigung zur Verfügung stellen.

Der nächste Bildungsabend, Montag, den 10. November ist ein Heuterabend, den Herr Mittelschullehrer Thiele-Leipzig abhält. Die Arbeitsgemeinschaft, die sich unter Leitung von Studienrat Hemprich mit Kants Kritik der praktischen Vernunft beschäftigen wird, tritt Mittwoch, den 5. November, abends 8 Uhr im „Herzog Christian" zusammen. Wieder, den ernstes Streben und Suchen erfüllt, ist herzlich willkommen. Die Einführung in dieses Kantsche Werk geschieht in einfacher schlichter Weise, sodaß jeder ohne Vorkenntnisse folgen kann. Es wird gebeten, daß jeder Teilnehmer die Schrift von Kant mitbringt. (Reclam Nr. 1111 und 1112, Kritik der praktischen Vernunft.)

*

Der private Musikunterricht unter Staatsaufsicht.

Das gesamte private Unterrichtswesen der Musik wird in den nächsten Tagen durch Erlaß des preußischen Kultusministeriums unter besonderen Schutz und Aufsicht gestellt werden. Ein diesen Gegenstand regelnder Ministerialerlaß ist in Vorbereitung. Künftig wird es nur drei Bezeichnungen geben: „Hochschule für Musik", „Konservatorium" und „Musikschule".

Hochschule darf nur die Anstalt sich nennen, die vom Staat oder der Gemeinde auf öffentlich-rechtlicher Basis begründet oder auf Grund besonderer Stiftungen unterhalten werden. Konservatorium heißen die Lehranstalten, deren Leiter die vom Staate vorgeschriebene Qualifikation besitzt, die nur staatlich geprüfte und anerkannte Lehrkräfte beschäftigen. Der Leiter einer Musikschule muß ein staatlich geprüfter oder anerkannter Musiklehrer sein. Die Errichtung einer staatlichen Prüfung zur Erlangung der Lehrbefähigung für den privaten Musikunterricht wird schon vom 1. April 1925 an geschehen. Die Ablegung der Prüfung berechtigt zur Führung der Bezeichnung „Staatlich geprüfter Lehrer". Bewährten Musiklehrern kann auf Antrag der amtlichen Fachberatung die Bezeichnung „Staatlich anerkannter Musiklehrer" zugesprochen werden. Der Nachweis eines mindestens dreijährigen ordnungsgemäßen Fachstudiums und eine besondere zweijährige Ausbildung an einem Seminar ist erforderlich. Auch für die Leiter von Stadtkapellen (sogenannte Stadtpfeifereien), die Lehrlinge ausbilden, soll künftig die Prüfung obligatorisch sein. Der Unterrichtserlaubnisschein ist für jeden, der berufsmäßig in Musik unterrichtet, vom 1. April 1925 ab obligatorisch.

*

Rundfunkprogramm.

Welle 452 Meter.

Leipziger Meßamts-Sender.

Mittwoch, den 29. Oktober 1924.

11,55 Uhr vm.: Wirtschaftsnachrichten.
12 Uhr vm.: Konzert auf einem Duo-Phonola „Rönisch" der Firma Ludwig Hupfeld, A.-G., Leipzig.
12,58 Uhr nm.: Nauener Zeitzeichen.
1 Uhr nm.: Pressebericht.
2 Uhr nm.: Amtl. Berliner Wirtschaftsnachrichten und amtl. Devisen.
2,30—6 Uhr nm.: Märchennachmittag für Kinder. Gertrud Assen liest Märchen, und die Rundfunkhauskapelle spielt.
6 Uhr nm.: Hamburger und amerikanische Wirtschaftsnachrichten.
7,30—8 Uhr nm.: Vortrag Dr. Heinrich Uhlendahl, Direktor der Deutschen Bücherei: „Das Lebensschicksal E. Th. Hoffmanns." — Anschließend Vortrag auf einem Duo-Phonola „Rönisch" der Firma Ludwig Hupfeld, A.-G., Leipzig.
8—9,30 Uhr nm.: **Tanzabend.** Musikalische Darbietungen abwechselnd von der Rundfunkhauskapelle und von den Orchesterwerken der Firma Ludwig Hupfeld, A.-G., Leipzig.
Anschließend (etwa 9,30 Uhr nm.) Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst.
10—11 Uhr nm.: Funkübertrettl. Fräulein Apel und Herr Engelmann, Operettenduett aus Leipzig.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

g. **Aus dem Kreise Merseburg,** 28. Oktober. (Vom Winterfaatenstande.) Bei der vorhandenen Fruchtbarkeit in diesem Herbst ist der ausgestreute Samen, soweit die Bestellungsarbeiten bisher erfolgen konnten, regelmäßig aufgegangen und der Stand der Fruchtarten, Raps, der nur vereinzelt vorkommt, Weizen, sowie Roggen vollkommen. Die Pflänzchen haben sich vorteilhaft entwickelt, so daß sie sich hinreichend bestocken konnten und widerstandsfähig in den Winter kommen. Der Stoppelklee ist ausnahmsweise besonders üppig gewachsen, wird deshalb mehrfach abgemäht und zu Futterzwecken verwendet und dient teilweise als Ersatz für den völligen Ausfall der Grummeternte. Durch Mäusefraß haben die Saaten nicht zu leiden. Die frühzeitig bestellten Saaten haben sich besonders üppig entwickelt. Ein Schmerzenskind bilden jedoch die Felder im Auengelände. Hier haben die wiederholten Ueberflutungen die Bestellungsarbeiten wesentlich verzögert, zumal die Bearbeitung der Aecker hier mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft ist. Erst kürzlich wurde hier eine Dampfpflugkolonne versetzt, deren Wiederflottmachung außerordentliche Anstrengungen erforderte. Aber bei weiterer Andauer offener und günstiger Witterung werden auch hier die Bestellungsarbeiten gefördert und zu Ende geführt.

r. **Gröbers,** 28. Oktober. (Versuchte, aber vereitelte Einbruchsdiebstähle.) In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in vergangener Woche drangen Diebe nach Herausschneiden einer Fensterscheibe in das Innere des Bahnhofsrestaurants. Durch das entstandene Gepolter wurden jedoch die Hausbewohner wach und forschten nach der Ursache, worauf die Einbrecher beuteleer verschwanden. Mit Hilfe eines mitgenommenen Stuhles statteten nun die Einbrecher dem anderen Gasthofe im Orte einen Besuch ab und stiegen ebenfalls nach Herausschneiden einer Glasscheibe ins Gastzimmer. Als sie einen verschlossenen Schrank öffnen wollten, wurden die Hausbewohner durch das entstandene Geräusch munter, worauf die Spitzbuben ohne Beute schleunigst das Weite suchten. Leider sind die Täter unerkannt entkommen.

g. **Lochau,** 28. Oktober. Bestätigung. — Aus der Gemeinde.) Die von der Gemeindevertretung vorgenommene Wahl des Gemeindevorstehers sowie der Schöffen und der stellvertretenden Schöffen hat die Bestätigung der zuständigen Behörden erfahren, deshalb fand in der letzten Sitzung der Gemeindevertreter die Verabschiedung der alten Schöffen und Einführung der neuen Schöffen sowie der stellvertr. Schöffen statt. Beschlossen wurde, ein Stück Gemeindeland, welches vom Pächter abgetreten war, öffentlich weiter zu verpachten. Sodann wurde beschlossen, der Frage der Grundwasser-Entziehung durch die Kohlen-Industrie näher zu treten und in einer Gemeindeversammlung, in welcher die einzelnen Besitzer selbst ihre eigene Meinung äußern möchten, die Fragen zu ventilieren. Denn seitens des Rittergutes werden schon länger genaue Grundwasserstandmessungen in besonders dazu angelegten Brunnen in der Feldmark nach Angabe der Landwirtschaftskammer vorgenommen. Noch einige andere Fragen fanden Besprechung und Erledigung.

g. **Burgliebenau,** 28. Oktober. (Scharen von Wildgänsen) wurden in vergangener Woche hier mehrfach beobachtet. Bei der geringen Flughöhe von etwa 30 Metern konnten in einer Schar 42 Stück genau gezählt werden. Merkwürdigerweise war die Flugrichtung der Tiere von Südwesten nach Nordosten gerichtet, da man um die jetzige Zeit gerade die umgekehrte Flugrichtung sonst kennt. Es scheint demnach, daß vorläufig noch auf offene Witterung zu rechnen ist und das Ziel der Tiere vielleicht der große Teich bei Torgau war, wo Wildgänse noch in größerer Zahl vorkommen, und das Ziel der Tiere vielleicht der große von Schnee und Eis im Norden aufgesucht werden. Die Wildgänse machten sich durch die eigenartigen Rufe in den Lüften bemerkbar und hielten die bekannte Schleifenform als Flugart inne.

Lauchstädt, 28. Oktober. (Ein Mörderpaar zum Tode bezw. 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.) Die Einwohner unserer Stadt werden sich noch an die Verhaftung eines Mörderpaares aus Gera am Freitag, den 16. Mai im Hotel „Schwarzer Adler" hier, erinnern. Die 34jährige Frau Anna Willhardt nebst ihrem 14 Jahre jüngeren Liebhaber, dem Handlungsgehilfen Kurt Leypoldt stellten sich, der Flucht müde, selbst der Polizei. Beide hatten die 10jährige Tochter der Willhardt aus erster Ehe, um sie aus dem Wege zu räumen, mit einer Wäscheleine erdrosselt. Das Schwurgericht in Gera, wo jetzt die Verhandlung stattfand, verurteilte erstere zum Tode. Leypoldt erhielt 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust wegen Beihilfe zum Mord.

Schkeuditz, 27. Oktober. (Zu stürmisch.) Bei uns herrscht noch die Sitte des Polterns, und je beliebter ein Paar ist, je eindringlicher man ihm Interesse zeigen will, umso kräftiger wird gepoltert. Leider aber wird in den Haushalten nicht mehr ausschließlich Steingut und Porzellan verwendet: man hat auch Geschirr aus Emaille, Eisenblech, manchmal Stücke, die recht schwer wiegen. Solche Sachen wurden jetzt hier verwendet, um am Polterabend einem Bäckermeister und seiner Braut eine eindringliche Ovation darzubringen. Es geschah mit solchem Erfolge, daß aus der Haustür die Füllung herausflog und sonst noch allerlei kaput ging.

*

Der Gemeindearbeiterstreik in Mitteldeutschland beendet.

h. **Halle,** 27. Oktober. Die Schlichtungskammer des mitteldeutschen Schlichtungsbezirks in Magdeburg fällte am Sonnabend in später Abendstunde folgenden Schiedsspruch: Der Augustlohn wird vom 3. September bis 30. September um 5 auf 54 Pfg. erhöht. Ab 1. Oktober wird der Septemberlohn von 54 auf 57 Pfg. und ab 1. November um weitere 2 Pfg. auf 59 Pfg. erhöht. Zu diesen Löhnen tritt ein Haushaltsgeld und Kindergeld von je 3 Pfg. Die große Lohnkommission vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter beschloß am Sonntag in Magdeburg mit schwacher Mehrheit die Annahme des Schiedsspruchs. Damit dürfte wohl der Streik sein Ende finden. Der Oberpräsident Hörsing hatte bereits den Magistrat von Magdeburg wissen lassen, daß am heutigen Montag die Technische Nothilfe zurückgezogen würde, weil dieselbe Arbeiten verrichte, die weit über den Rahmen ihrer Richtlinien hinausgingen, sowie ohne Genehmigung der Regierung eingesetzt sei (!!).

Letzte Depeschen

Die Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn gescheitert.

(Eigene Radiomeldung.)

Berlin, 28. Oktober. Am gestrigen Montag nachmittag haben zwischen der Direktion der Reichsbahngesellschaft und den Gewerkschaften Besprechungen über die geforderten Lohnerhöhungen stattgefunden. Die Konferenz verlief, vorläufig wenigstens, ohne Ergebnis. Die Lohnforderungen wurden abgelehnt, da die Reichsbahngesellschaft durch ungeheure finanzielle Belastungen nicht imstande sei, ihren Ausgabeetat durch Lohnerhöhungen zu beschweren. Für die Reichsbahngesellschaft verhandelte Ministerialrat Dr. Hamburger mit den Gewerkschaftsvertretern, und er erklärte, daß die Reichsbahn sich durchaus nicht in einer finanziell günstigen Lage befinde. Man muß bei diesem Fall feststellen, daß der Reichsbahngesellschaft Riesenlasten auferlegt seien, deren Abtragung große Schwierigkeiten bereite. Immerhin sei auch erwiesen, daß die Privatindustrie keine höheren Löhne zahle, und es gehe nicht an, daß ein so großer Betrieb, wie es die Reichsbahn sei, eine Lohnpolitik treibe, die mit der gesamten Wirtschaftslage nicht in Einklang stehe. Die Gewerkschaftsvertreter legten in längeren Ausführungen ihre Ansichten dar, doch war eine Verständigung nicht möglich. In Gewerkschaftskreisen hofft man, daß wenigstens eine teilweise Verständigung möglich sein wird.

Deutschland und die französische Finanzkonferenz.

(Eigene Radiomeldung.)

Berlin, 28. Oktober. Wie „T.-U." erfährt, steht Deutschland der Pariser Finanzkonferenz, an der es natürlich nicht beteiligt ist, nicht interesselos gegenüber. Es wird sich jetzt vor allen Dingen zeigen, wie weit die bisherigen Pariser Angaben über die Höhe der Ruhreinnahmen den Tatsachen entsprechen. Es ist noch in guter Erinnerung, daß s. Zt. Poincaré wiederholt Mitteilungen über den hohen finanziellen und wirtschaftlichen Erfolg der Ruhrausbeutung gemacht hat. Außer der Verteilung der Ruhreinnahmen wird die Verteilung der Jahresannuität vorgenommen werden. Die Pariser Konferenz steht natürlich im Zusammenhang mit dem Londoner Abkommen. In ihrem Memorandum vom 2. August hatte die französische Delegation vorgeschlagen, diese alliierte Zusammenkunft anzuberaumen.

Wahlvorbereitungen des Zentrums.

(Eigene Radiomeldung.)

Berlin, 28. Oktober. Der Reichsparteitag des Zentrums wurde am Dienstag bei gleich starker Beteiligung unter Vorsitz des Abg. Klöckner fortgesetzt. Zunächst sprach Generalsekretär Brand aus Münster über die Aufgaben des Zentrums im Wahlkampf. Es müsse immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der scharfe Kampf gegen die Rechte, der der Partei aufgezwungen worden sei, eine politische Notwendigkeit, in erster Linie auch eine parteipolitische Notwendigkeit sei. Der Kampf müsse weniger gegen die Deutsche Volkspartei als gegen die Deutschnationalen sich richten, denen im letzten Wahlkampf kein Mittel zu schlecht gewesen sei. Den Trennungsstrich gegenüber der Sozialdemokratie zog der Redner mit aller Deutlichkeit.

(Das Zentrum hätte alle Ursache, weniger anmaßend und scharf gegen die Deutschnationalen als die Träger der christlich-kulturellen Politik aufzutreten.)

Die Großmächte greifen in China ein.

Tientsin, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Außer amerikanischen Kriegsschiffen sind britische, französische und italienische Kanonenboote sowie zwei japanische Torpedobootszerstörer auf dem Flusse vor Anker gegangen. Viele Züge mit Truppen aus Schanhaikwan warten auf ihre Weiterbeförderung nach Peking. Wupeifu, der in seiner Heimatstadt zurückgeblieben ist, hat die Konsulate gebeten, noch einige Tage in der Stadt bleiben zu dürfen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 28. Oktober. (Drahtlos.) Amtlich wurden notiert:

Newyork (1 Dollar). **4,19—4,21.**
Amsterdam (100 Fl.) 164,99—165,82
Brüssel (100 Frk.) 20,17—20,27.
Paris (100 Frk.) 21,92—22,02.
London (1 Lstr.) 18,885—18,975.
Schweiz (100 Frk.) 80,55—80,95
Stockholm (100 Kr) 111,47—112,03.
Kopenhagen (100 Kr.) 71,72—72,08.
Rom (100 Lire) 18,14—18,24.
Prag (100 Kr.) 12,49—12,55.
Wien (100000 Kr.) 5,91—5,94.

Alles in Billionen Mark.

*

Die amtlichen Produktenpreise vom 28. Oktober.

Berlin, den 28. Oktober (Drahtlos). Amtlich wurden heute notiert (Getreide- und Oelsaaten per 1000 kg sonst per 100 kg in Goldmark):

Weizen märk. 210—215, Roggen märk. 202—210, Sommergerste märk. 230—255, Futtergerste 230—245, Hafer märk. 175—185, Weizenmehl 29—32,50 Roggenmehl 28,50—32, Weizenkleie 12,50—12,80, Roggenkleie 12,50—12,80, Raps 390—400, Leinsaat 390—400, Viktoriaerbsen 33—37, kleine Speiseerbsen 23—26, Futtererbsen 19—21, Peluschken 17—19, Ackerbohnen 20—22, Wicken 18—20, Lupinen blaue 14—15, Lupinen gelbe 16—18, Seradella alte 14—15,— neue 20—24, Rapskuchen 15,60—15,80, Leinkuchen 25—25,50, Trockenschnitzel 10,—, Zuckerschnitzel 18—20, Tormelasse 9—9,20, Kartoffelflocken 19, Kartoffeln weiße 1,80, rote 2,—, gelbfl. 2,70.

Raufutter: drahtgepr. Roggen- u. Weizenstroh 1,20 bis 1,40, Haferstroh 1,10—1,30, Gerstenstroh 1,10—1,30, Roggenlangstroh, bindfad. gepr. Roggen- u. Weizenstroh je nach Frachtlage, Häcksel 1,65—1,85, Heu (handelsübl.) 2,20 bis 2,40, gutes Heu 3,10—3,30, Mielitzheu (lose) —, Kleeheu (lose) 3,90—4,40.

Aus dem Reiche.

Aus der Reichshauptstadt.

Weitere Verbrechen des Mörders Rebsdat? Der ehemalige Polizeiwachtmeister Rebsdat, der in Charlottenburg die Witwe Roesler ermordete und sich dann in Breslau bei der Festnahme erschoß, hat anscheinend auch in Königsberg Verbrechen begangen. Man hat auch bei ihm die Papiere eines Königsberger Handwerksmeisters gefunden, der im Juli bei einem Raubüberfall schwer verletzt wurde. Die Königsberger Kriminalpolizei gibt nun weiter bekannt, daß Rebsdat auch hier vermutlich noch einen weiteren Raubmord begangen hat. Kurze Zeit nach dem erwähnten Ueberfall wurde die Leiche des Uhrlings Podehl an der Friedländer Chaussee beraubt aufgefunden. Der Verdacht der Täterschaft fällt hier ebenfalls auf Rebsdat.

Verdorbene amerikanische Nahrungsmittel. Bei einer eingehenden Revision der Kühlanlagen in der Köpenicker Straße durch den Polizeiarzt Dr. Dormeyer in Begleitung von Kriminalbeamten wurden nach der „Deutsch. Tagesztg." rund 1000 Kisten Schweinelebern amerikanischer Herkunft gefunden, welche teils hochgradig in saure Gärung, teils in Fäulnis übergegangen, mithin verdorben waren. Die gesamte Sendung im Gewicht von über 500 Zentner wurde beschlagnahmt und der städtischen Fleischvernichtungsanstalt überwiesen.

*

Naumburg, 27. Oktober. (Entflohen.) Aus dem Gerichtsgefängnis entfloh ein junger Strafgefangener. Alle Nachforschungen nach ihm waren bisher ergebnislos.

Nordhausen, 27. Oktober. (Ueberfahren.) In der Rautenstraße wurde eine Frau Köhler von einem auswärtigen Brennaborwagen überfahren und war sofort tot. Den Chauffeur trifft keine Schuld, da die Frau im letzten Augenblick den Bürgersteig verließ.

Söllichau, 27. Oktober. (Schweres Unglück.) Auf der Söllichauerstraße kurz vor der Gleinermühle ereignete sich ein schweres Unglück. Auf der ganzen Breite des Fahrdammes brach das Erdreich in einer Ausdehnung von 5:5 Metern in sich zusammen. Von einem in dem Augenblick darüber fahrenden Geschirr stürzten die Pferde, Wagen und Fuhrleute in die Tiefe. Während der Führer des Gespannes und der Inhaber des Gefährtes nur leicht verletzt wurden, waren die Pferde sofort tot.

München, 27. Oktober. (Frau v. Kühlmann †.) Die Mutter des ehemaligen Staatssekretärs und Botschafters Dr. Richard v. Kühlmann ist am Freitag in München an den Folgen eines Autounfalles gestorben. Vergangenen Mittwoch wurde die 72jährige Dame bei Ueberquerung einer Straße von einer Autodroschke angefahren und zu Boden geschleudert, so daß sie mit schweren inneren Verletzungen bewußtlos liegen blieb. Frau v. Kühlmann, die Witwe des früheren Generaldirektors der Anatolischen Eisenbahnen, war die Tochter des Dichters Freiherrn Oskar v. Redwitz. Fast genau vor einem Jahre ist ihr jüngster Sohn, Dr. Karl v. Kühlmann, auf ganz die gleiche Weise in Berlin ums Leben gekommen. Er wurde an der Ecke Kleist- und Lutherstraße von einer Automobildroschke überfahren und war sofort tot.

Herausgeber: Ludwig Baltz.
Verantwortliche Schriftleitung: Politik, Kunst und Wissenschaft Karl Zeuch. Lokales und Provinz etc.: Karl Ludwig Andrich. Sport und Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919241028-10/fragment/page=0003

MÜLLERS HÔTEL

MORGEN MITTWOCH

½5 UHR-TEE

AB 8 UHR GESELLSCHAFTS-ABEND MIT TANZ

ERSTKLASSIGE KAPELLE — ANGENEHMER FAMILIENAUFENTHALT — AB 8 UHR ABENDANZUG

Deutscher Abend

Mittwoch, den 29. Oktober, abds. 8 Uhr im „Tivoli".

— Mitwirkende: —

Frau Edith Kamp-Leipzig, Konzertsängerin,
Herr Fritz Busch-Merseburg,
Herr Dr. Neumann, Kandidat für den preußischen Landtag.

Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen.

Eintritt frei!

Deutsche Volkspartei.

Merseburger Eisklub.

Ordentl. Mitgliederversammlung

am Dienstag, d. 4. November, abends 8½ Uhr im Hotel „Goldene Sonne".

Tagesordnung:

1. Verlesung der Niederschrift.
2. Bericht des Vorstandes über Eisbahn- und Tennisplatzanlage.
3. Satzungsänderungen.
4. Festsetzung der Beiträge für 1924/5.
5. Verschiedenes

Der Vorstand.

Jetzt ist die Zeit.

Blumenzwiebeln

für den Garten und Friedhof zu pflanzen

Empfiehle:

6 Hyazinthen, 4 Tulpen, 4 Krokus, 2 Narzissen

Ia. Qualität für 3 Mk.

W. Wittenbecher,
Am Neumarktstor 1.

Fast neues

Klavier

zu verkaufen.
Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Das prachtvollste Schneeweiß
zeigt jede Wäsche, die mit Sil behandelt ist.

SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche.
— OHNE CHLOR —

Philharmonischer Orchesterverein Merseburg, E. V.

Das diesjährige

erste Konzert

findet am Donnerstag, den 30. Okt. im „Kasinosaale", Leunaer Straße statt.
Anfang pünktlich 8 Uhr.

Zur Aufführung gelangen **Werke Beethovens** und zwar:

Coriolan-Ouvertüre, Violin-Konzert, 5. Symphonie.

Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten. — Anmeldungen von Mitgliedern werden noch im „Herzog Christian" entgegen genommen.

Der Vorstand.

Königin-Luise-Bund.

Gründungsfeier

Sonntag, den 2. November, abends 8 Uhr im „Casino".

Es spricht:

Herr Generalmajor a. D. v. Lettow-Vorbeck
über
Ostafrika.

Die Einwohnerschaft von Merseburg und Umgegend ist hierzu herzlichst eingeladen.

Num. Eintrittskarten zu 1 Mk. in der Buchhandlung Pouch. — Der Reinertrag ist zum Besten unserer notleidenden Mitbürger bestimmt.

Obstbaumschnitt

sowie alle gärtnerisch. Anlagen

wie Garten- und Denkmalsanlagen
Erstklassiges Baumaterial und alle Artikel des Gartenbaues empfiehlt

E. Herrmann, Gartengestaltung, Friedrichstraße 16.

Ia. Referenzen :-: Auskünfte kostenlos.

Familien-Nachrichten

Gestorben: Emmy Thieme, 17 J., Markröhlitz; Friedrich Dechant, 69 J., Burgwerben; Emilie Schwarz, 76 J. 5 Mon., Mücheln; Wilhelmine Eilenberg geb. Schröter, 50 J., Lützkendorf; Adolf Junkermann, 73 Jahre, Braunschweig; Marie Hilpert geborene Hoenig, Naumburg a. S.; Friederike Voigt gebor. Rauchfuß, 76 J., Leipzig-Mockau.

Brautkränze, Brautsträuße, Guirlanden, Trauerkränze

werden geschmackvoll und preiswert angefertigt.

W. Starke,
Schloßgärtnerei.

Nationalkassen

(beide Nummern erbeten)
Bagler. Berlin.

Bruno Freytag, Halle a. S.

Leipziger Strasse 100, Erdgeschoss, I. und II. Stock

Gegr. 1865 — Durchgehende Geschäftszeit! — Gegr. 1865

Herbst- u. Winter-Neuheiten

Kleiderstoffe, Seidenstoffe,
Jacken - Kleider, Mäntel, Röcke,
Kleider, Blusen, Unterröcke, Morgenröcke.
Kinder-Bekleidung für Mädchen und Knaben.
Reichhaltigste Auswahl. Gewissenhafte Bedienung.

Beste Massanfertigung.

20-30 Mk täglich

verdienen Vertreter, Hausierer, abgebaute Beamte pp., selbst Damen, von Stadt und Land, durch d. Vertrieb ein. Schlagers, Gebrauchsartikels, f. jed. Haushalt. Branchekenntnisse nicht erforderlich. Schreiben Sie noch heute an uns und fügen Sie noch heute an uns und fügen Sie 1.20 Reichsmark bei für Muster, Prospekte pp., damit Sie mit der Tätigkeit sofort beginnen können.

F. Winter, Schneidemühl, Jastrower Straße 27.

Carcilin

vernichtet Motten in ½ Minute, ebenso Fliegen, Mücken, Bremen, Ameisen im Haus u. Stall. 80 u. 150 Pfg. v. H. Haecker, Berlin SW. 61.

Anerkannt beste Marke — **Michel** — Anerkannt beste Marke

für Hausbrand und Industrie.

Nasspreßsteine — Rohbraunkohle — Ia. Grudekok
Steinkohlen — Ia. Anthrazit — Hüttenkoke jeglicher Herkunft — Ia. Zentralheizungskok.

Brennholz in Raumm., gespalten und gebündelt. Baustoffe.

Im grossen. Frei Haus — ab Lager. Im kleinen.

Michel-Brikett-Verkaufsstelle m. b. H.

Neumarkt 67. Merseburg. Fernruf 82.

Der traditionelle

Merseburger Kreiskalender

1925

unter Mitwirkung des Vereins für Heimatkunde

ist in allen größeren Buch- und Papierhandlungen, sowie in unseren Geschäftsstellen Hälterstraße 4 und Gotthardtstraße 38 zu haben.

Preis Mk. 1.50.

Aus dem Inhalt:

Preßien: „Das Merseburger Schloß" / W. Bithorn: „Merseburger Charakterköpfe vor einem Menschenalter" Preßien: „Die Stätte einer 5000jährig. Kultur" Reuschert: „Zwei heimatliche Sagen" / Hempricht: „Große Jugendwerkausstellung" / Thielen: „Zu den Holzschnitten Menzels zu Kuglers Geschichte Friedrichs d. Gr." / Ernst: „Kampf um eine Winkelschule in Wüsteneusch 1802" / Rud. König: „Dorfmusik" (Notensatz für Klavier) / Segnitz: „Klaus Narr von Altranstädt" usw.

Honig

neuer Ernte garantiert rein

9 Pfd. netto Mk. 10,40
5 Pfd. netto Mk. 6,40
einschl. Porto und Verpackung geg. Nachn. Nichtgefallendes nehme zurück.

Wilh. Wordtman Großimkerei, Osterscheps 42b (Edewecht i. O.) Postscheckkonto Hannover 7972.

Gebildete Dame

wünscht freundschaftlich. Verkehr mit nur ebensolcher netten Dame. Offerten unter Y. X an die Expedition d. Blattes.

Solides Mädchen m. aufr. Herrn, 32 bis 40 J. zw. Heirat kenn. z. lern. Off. u. A. 358 a. d. Exp.

Möbl. Zimmer

gegen gute Bezahlung sofort gesucht. Angeb. unt. „204" an die Exp. d. Bl.

Wand-Fernsprech-Teilnehmerverzeichnis zu haben in unserer Geschäftsstelle **Hälterstraße Nr. 4.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919241028-10/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 254 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 28. Oktober 1924.

Unhaltbare Gewerbesteuerverhältnisse.

Im westlichen Industriegebiet werden etwa eine Million Arbeitnehmer beschäftigt. Diese eine Million Arbeitnehmer werden im Durchschnitt je etwa 1800 Mark im Jahre verdienen. Das entspricht einer Lohnsumme von 1,8 Milliarden Mark. Setzt man den Umsatz gleich dem Vierfachen der Lohnsumme, so ergibt sich ein Umsatz von etwa 7,2 Milliarden. Bei einer gewerbesteuerlichen Belastung von 1,5 Prozent des Umsatzes — dieser Satz wird in sehr vielen Gemeinden wesentlich überschritten — ergibt sich ein Gewerbesteueraufkommen von 108 Millionen Mark. Die gewerbesteuerliche Belastung auf den Kopf des Arbeiters berechnet beträgt also 108 Mark. Wird der Umsatz auf das 5fache der Lohnsumme veranschlagt, so stellt sich der Umsatz auf 9 Milliarden; es ergibt sich alsdann ein Gewerbesteueraufkommen von 135 Millionen; auf den Kopf des Arbeiters sind also 135 Mark an Gewerbesteuer zu entrichten.

Wie die Gewerbesteuer in den Gemeinden sich auswirkt, sei an dem typischen Fall einer Großstadt gezeigt. Im Jahre 1913 hatte die steuerliche Belastung in Dortmund 0,15 Prozent des Umsatzes ausgemacht. Jetzt beträgt sie 1 Prozent, also das 7fache; bis zum 1. September 1924 war sie sogar 1,75 Prozent oder das 12fache des Friedens, wobei ausschlaggebend ist, daß in Friedenszeiten ein Gewinn von 7—8 Prozent des Umsatzes als sehr hoch galt; jetzt ist an Stelle des Gewinnes fast überall ein Verlust getreten. Dabei steht Dortmund nicht etwa an erster Stelle. In vielen Gemeinden des Industriebezirkes macht die Gewerbesteuerbelastung 2—5 Prozent des Umsatzes aus. Bei einem Gesamtetat von 10 Millionen im Jahre 1913 deckte in einer größeren Stadt des Ruhrreviers die Gemeindeeinkommensteuer 60 Prozent und die Gewerbesteuer 12 Prozent des Etats; jetzt deckt die Reichssteuerüberweisung nur 41 Prozent; die Gewerbesteuer dagegen 22 Prozent des Etats, also annähernd das Doppelte der Vorkriegszeit. In anderen Gemeinden werden bis zu 60 Prozent des Etats durch die Gewerbesteuer gedeckt.

Wie die Industrie durch die Gewerbesteuer belastet wird, mögen Beispiele aus der Rohstoffindustrie zeigen, die besonders wichtig ist, weil von deren Preisniveau, das durch die Steuern natürlich in die Höhe getrieben wird, die Preise aller anderen Industrien beeinflußt werden. Im Bergbau haben in der Vorkriegszeit die gesamten Steuerlasten 22 Pfg. auf die Tonne Kohlen betragen. Heute **müssen allein 40 Pfg. für Gewerbesteuer** pro Tonne Kohlen aufgebracht werden. Insgesamt ist die steuerliche Belastung des Bergbaues jetzt 7—8 mal höher als in der Vorkriegszeit. Der Bergbau des besetzten Gebietes steht gegenüber dem Bergbau des unbesetzten Gebietes (Halle, Sachsen, Niederschlesien) bedeutend ungünstiger. Die Zuschläge zur Umsatzsteuer sind z. B. im besetzten Gebiet 800 bis 1000 Prozent, im unbesetzten Gebiet dagegen nur etwa 300 Prozent; die Zuschläge zur Lohnsummensteuer kann man im Durchschnitt im besetzten Gebiet mit 4000 Prozent, im unbesetzten Gebiet mit 600—700 Prozent annehmen. In der Eisenindustrie hatte ein Hüttenwerk im Jahre 1913 bis 1914 an Steuern 1,23 Millionen aufzubringen, im Jahre 1923 bis 1924, wo das Werk mit Verlust gearbeitet hat, 4,7 Millionen. Das macht auf den Umsatz gerechnet: im Jahre 1913/14 1,9 Prozent, im Jahre 1923/24 5,2 Prozent; auf den Gewinn gerechnet: im Jahre 1913/14 19,8 Prozent, im Jahre 1923/24 kein Gewinn; auf den Kopf des Arbeiters gerechnet: im Jahre 1913/14 100 **Mark, im Jahre** 1923/24 248 Mark (rund 250 Mark.)

Diese Lasten sind natürlich auf die Dauer unhaltbar.

Die Besenstielfahne am Verfassungstage.

Der jetzige Kaufmann Otto Benkwitz, der am Verfassungstage aus dem Fenster seiner geruhsamen Schmargendorfer Wohnung ein Bettlaken am Besenstiel hißte, stand vor dem Charlottenburger Schöffengericht, um sich wegen Verhöhnung der Reichsfarben zu verantworten. Herr Otto Benkwitz hatte zu diesem Zweck einen eleganten Cutaway angelegt. Vor Gericht verteidigte er sich folgendermaßen: Sein Flurnachbar sei der jetzige demokratische Parteisekretär Ernst Mosich, den er weiter nicht kenne. Herr Mosich habe früher bei ähnlichen Veranlassungen eine ganz kleine schwarzrotgoldene Fahne zum Fenster hinausgehängt. In diesem Jahre aber habe er mit drei großen Fahnen geflaggt, die so groß waren, daß die eine davon bis an das Schlafzimmerfenster des Angeklagten flatterte. Dadurch habe er sich provoziert gefühlt und die weiße Fahne zum Fenster herausgehängt, um dadurch Herrn Mosich zu veranlassen, seinen Flaggenschmuck auf ein vernünftiges Maß zu beschränken. Seine Fahne sei ein sauberes Bettlaken gewesen. Wenn dabei die Borsten des Besens nach der Straße hingen, so sei das aus technischen Gründen nicht anders möglich gewesen. In einem Haushalt sei eben der Besenstiel die einzige Stange, und da er zwei Besenstiele habe aneinanderbinden müssen, so sei es nicht zu vermeiden gewesen, daß das äußerste Ende seiner Fahnenstange die Borsten getragen habe. Im übrigen sei es sein Recht als deutscher Staatsbürger, zu flaggen, wie er wolle. Weiß sei die Farbe der Ergebung und (im Chinesischen) auch die Farbe der Trauer. Bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei hatte sich nämlich Herr Benkwitz auch auf den Standpunkt gestellt, seine Fahne sei überhaupt eine chinesische, da er einem chinesischen Klub angehöre.

Der als Zeuge aufgerufene Herr Mosich erklärte, daß seine Fahnen nicht so groß gewesen seien, um seinen Nachbar zu belästigen. Die Polizeibeamten sagten aus, daß sie mehrfach Herrn Benkwitz zum Entfernen der Besenstielflagge aufgefordert hätten, daß dieser aber diesen Aufforderungen keine Folge geleistet habe, so daß schließlich ein Schupoleutnant die Fahne selbst wegnehmen mußte.

Der Staatsanwalt erachtete es für erwiesen, daß Benkwitz eine Verhöhnung der deutschen Reichsfarben beabsichtigt hätte, und beantragte an Stelle der verwirkten 5 Tage Gefängnis eine Geldstrafe von 200 Mk. und Einziehung des Bettlakens und der Besenstiele. Das Schöffengericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bennhausen stellte ebenfalls eine Verhöhnung gegen das Gesetz zum Schutze der Republik fest. Gewiß könne jeder Deutsche flaggen, wie er wolle, und politische Ueberzeugungen könnten keinem aufgezwungen werden, aber die Art der Beflaggung, namentlich die Wahl der Instrumente, habe gezeigt, daß Benkwitz beabsichtigte, die Farben der Republik zu beschimpfen. Die Gesetze müßten von jedem beachtet werden, gleichgültig, welcher Gesinnung er sei. Benkwitz habe gegen das Gesetz gefehlt, und er sei deshalb zu bestrafen, wobei seine bisherige Strafloligkeit mildernd ins Gewicht falle. Das Urteil lautete anstatt einer verwirkten Strafe von 3 Tagen Gefängnis auf 150 Mk. Geldstrafe, Einziehung des Bettlakens und der Besenstiele.

Die durch den Besenstiel schwer gefährdete Republik war also wieder mal rehabilitiert.

Wieder Orden und Titel.

Auf Grund eines Beschlusses des Reichskabinetts sollte die Frage der Wiedereinführung von Titeln für Beamte und Nichtbeamte sowie der Vereinfachung der Amtsbezeichnungen zwischen den verschiedenen Ressorts vorbereitend geprüft werden; zunächst haben nun kommissarische Beratungen stattgefunden, in denen man zu der Ueberzeugung kam, daß die vorhandenen Amtsbezeichnungen das bekleidende Amt vielfach unrichtig und irreführend bezeichnen, und daß sie oft zu Ungerechtigkeiten führen. Es bestehe ein dringendes Bedürfnis der Verwaltung, die Titelfrage vernünftig zu regeln, was aber nur durch eine Aenderung des Artikels 109 Abs. 4 und 6 der Reichsverfassung möglich sei.

Zweckmäßigerweise könne man gleichzeitig die Möglichkeit der Verleihung von Orden regeln. Hier sei ein Bedürfnis besonders hinsichtlich der Verleihung von Orden an Ausländer aus außenpolitischen Gründen und für die Regelung der Verleihung von Rettungsmedaillen und Treudienstabzeichen vorhanden. Dabei könne die umstrittene Frage der Einführung von Orden im Inland zunächst zurücktreten. Artikel 109 der Reichsverfassung müßte also dahin abgeändert werden, daß die Verleihung von Titel und Orden nur nach Maßgabe eines Reichsgesetzes zulässig sei. Dieses Reichsgesetz müßte den Reichspräsidenten und die Landesregierungen ermächtigen, Titel an Beamte und Angehörige freier Berufe nach Maßgabe der von der Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat aufzustellenden Grundsätze, ferner Rettungsmedaillen und Treudienstabzeichen zu verleihen. Dem Reichspräsidenten allein soll weiter die Ermächtigung erteilt werden, Orden an Ausländer, sowie Deutschen die Genehmigung zur Annahme ausländischer Titel und Orden zu verleihen. Die Ausdehnung der Ordensverleihung auch auf Deutsche sei späterer Regelung vorbehalten.

Hinsichtlich der Amtsbezeichnungen kämen nur zwei Wege in Betracht, nämlich entweder die Säuberung der jetzigen Amtsbezeichnungen unter Hinzufügung von Titeln oder die unveränderte Belassung der jetzigen Amtsbezeichnungen der Reichsbesoldungsordnung unter Hinzufügung von Titeln. An diesem zweiten Weg hält vor allem das Reichsfinanzministerium fest, weil es in anderem Falle die Aufrollung der Einstufungsfrage befürchtet. Die Einführung des Geheimratstitels für Beamte stieß bei einer großen Zahl von Ressorts auf Widerstand insbesondere weil es dem Grundgedanken des parlamentarischen und demokratischen Systems widerspreche, wenn der Reichspräsident Beamte zu Geheimen Regierungsräten ernenne.

Politische Rundschau

Eisser und Streicher aus der Völkischen Partei ausgeschlossen.

Eine Landesvertretertagung des Völkischen Blocks faßte eine Entschließung über den Ausschluß Essers und Streichers aus der Völkischen Partei. Für die Partei wurde die neue Bezeichnung „Der Völkische Block, national-sozialistische Freiheitsbewegung Groß-Deutschlands" (Landesverband Bayern) gewählt. Alle zu dieser Organisation nicht gehörenden Gruppen, wie die Großdeutsche Volksgemeinschaft, werden von der Partei nicht anerkannt.

Das Wahlrecht der Ausgewiesenen.

Mit Rücksicht darauf, daß ein Teil der aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen wegen der dortigen Wohnverhältnisse an ihren Wohnsitz noch nicht hat zurückkehren können, hat der Reichsminister des Innern zur Sicherung ihres Wahlrechts folgende Verordnung erlassen: „Stimmberechtigte, die aus dem besetzten Gebiet (alt- und neubesetztes Gebiet) ausgewiesen oder durch Maßnahmen der Besatzungsmächte verdrängt sind, insbesondere auch Personen dieser Art, die infolge der Wohnverhältnisse dorthin noch nicht haben zurückkehren können, sind für die Neuwahlen zum Reichstag am 7. Dezember 1924 auf Antrag in die Stimmliste oder Stimmkartei ihres Aufenthaltsortes einzutragen, auch wenn sie an diesem Orte keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben."

Landwirtschaftliches.

Weltweizenernte.

Gegenüber 1923 weist die diesjährige Weizenernte in Europa einen Ausfall von ca 3,5 Millionen Tonnen auf, und zwar hat Deutschland einen Ausfall von 0,4 Millionen Tonnen, Frankreich von 0,6 und Italien von 1,3 Millionen Tonnen.

Die Vereinigten Staaten haben eine Mehrernte von 1,5, Australien von 0,6 Millionen Tonnen. In Argentinien ist das Ernteergebnis ungefähr so wie im vorigen Jahre. Canada hingegen weist einen Ausfall von ca 4,9 Millionen Tonnen auf.

Im ganzen betrachtet dürfte also gegenüber dem Vorjahr ein Ausfall von ungefähr 6,3 bis 6,5 Millionen Tonnen bestehen. Es wären mithin Erzeugung und Verbrauch unter normalen Umständen gerade im Einklang. Mit einer Ueber-

Der Herr aus Java.

Roman von L. vom Vogelsberg.

[45 Nachdruck verboten!

Ein weiches, sinnendes Lächeln huschte wider Willen über ihr Gesicht. Sie dachte an die stillen, schönen Stunden im Hause des „Herrn aus Java". Aber ihr Vater deutete diesen freundlichen Zug anders. „Na, siehst du," sagte er mit hastiger Freundlichkeit, „man muß die Dinge nur nicht von der schlimmsten Seite betrachten, und manches Mädchen — ja, ich bin überzeugt, sämtliche Mädchen von Gelzig würden sich freuen, einen Mann wie Herrn von Rüping als Bewerber . . ."

Da stand Maria vor ihm und ihre Augen waren so hart und klar wie der frostblaue Winterhimmel. „Vater, ich kann und werde es nicht tun — nie!"

Mühsam behielt er die Fassung. „Warum nicht?"

„Weil dieser Mann ein — Lump ist."

Er trat einen Schritt zurück „Erlaube . . ."

Sie schüttelte den Kopf. „Nein, Vater, es ist so. Vielleicht weißt du noch nicht, was heute nacht geschehen ist und was die Spatzen von den Dächern pfeifen. Es kostet dich nur einen Gang um die Ecke, zur Bäckernelle. Die kann dir sagen, wer heute nach bei ihr einsteigen wollte und wer von allen möglichen Menschen die furchtbarsten Prügel bekam."

Die Geschichte schien auf ihren Vater wenig Eindruck zu machen. „Gott ja, das sind Kindereien. Wenn du weiter keine Strupel hast. — Ich meine, du hast in der letzten Zeit Leute deines Umganges gewürdigt, die noch weit mehr der Korrektur bedürfen."

Sie verstand die grobe Anzüglichkeit sofort. Aber sie hielt sich gut, zuckte mit keiner Wimper.

„Vater, ich glaube, dir in dieser Beziehung noch niemals Unruhe verursacht zu haben."

Er lächelte, ein wenig überlegen, ein wenig spöttisch. „Na: man kann da verschiedener Meinung sein. Wer bürgt mir oder auch dir dafür, daß dieser Mann, den du so feierlich in Schutz nimmst, kein Lump und Hochstapler . . ."

„Ich!" unterbrach sie ihn ruhig.

„Du?" Die Verärgerung war ihm deutlich anzumerken. „Ja, ich."

„Du scheinst ja schon sehr vertraut mit ihm zu sein." Fast grob warf er die Worte hin.

„Denke darüber wie du willst, Vater, ich habe mir nichts vorzuwerfen. Aber auch du hast viel nähere Bekanntschaft mit ihm gemacht, als du denkst."

„Ich? Gott soll mich bewahren. Mit dem? Mein Kind, das wirst du nie erleben."

Unsicher brach er ab. Das Gesicht seiner Tochter war schlohweiß und ihre Nasenflügel zitterten.

„Du hast es erlebt, Vater. Denn wenn er nicht gewesen wäre, dann ständen wir heute einander nicht gegenüber."

Wie eine unbestimmte Ahnung begann das Verständnis in Karl Theodor Kurator aufzuglimmen. „Was sind das für Redensarten? Bitte, erkläre dich deutlicher!" Sein Blick war unsicher geworden.

„Vater, kennst du einen gewissen Krause?"

Er zuckte zusammen.

„Ich kenne ihn", murmelte er, als sei ihm die Erörterung der Dinge peinlich.

„Kennst ihn und weißt auch, daß nicht er das Geld gegeben hat?"

Er nickte.

„Kennst du seinen Hintermann?"

Er schüttelte den Kopf.

„Dann will ich ihn dir nennen: es ist Gerhart Hardesvogt."

Karl Theodor Kurator hätte sich nun doch beinahe zu Boden gesetzt. „Der?" Und dann lachte er laut auf. „Du bist ein Schäfchen, Maria. Glaubst du denn, daß solch ein Abenteurer solche Mittel besitzt? Du hast dir einen schönen Bären aufbinden lassen."

Maria stand immer noch unbeweglich gegen den Tisch gelehnt. „Glaubst du, daß Herr Hardesvogt seine Beteiligung an der Sache mir jemals auch nur andeuten würde? Was du nicht merktest oder nicht merken wolltest — ich habe es erfahren. Das Wie erlaß mir. Und sei beruhigt: es weiß kein Mensch davon, und keiner wird es erfahren. Durch mich nicht."

Karl Theodor Kurator hatte sich wieder soweit gefaßt, daß er die Sache überdenken konnte. Aber sie war ihm doch auf die Nerven gegangen.

„Es muß doch einen Sinn, einen Zweck haben, daß du davon unterrichtet bist," meinte er zögernd. „Leute seines Schlages tun doch so etwas nicht umsonst."

Maria stieg das Blut ins Gesicht. „Vater, du beleidigst ihn, ohne ihn zu kennen. Hätte er einen Druck ausüben wollen, wir wären längst nicht mehr."

Eine Erleuchtung schien dem Weinhändler plötzlich aufzugehen. „Ach so . . .", sagte er nur und wollte hinaus.

Mit zwei raschen Schritten vertrat ihm Maria den Weg. Ihre Augen sprühten.

„Vater! . . ."

„Geh hin zu ihm . . ."

Dann fiel die Tür zu. Mit starrem Gesicht, mit eisigen Händen lag Maria auf ihrem Stuhl.

Drüben aber erklärte Karl Theodor Kurator dem Herrn Assessor von Rüping mit verbindlichem und bedauerndem Lächeln, daß seine Tochter nicht wohl sei.

Herr von Rüping sagte, er werde sich erlauben, seinen Besuch zu wiederholen und fand bei seinem erwählten Schwiegervater eifrig Zustimmung. Dann ging er, vergaß aber nicht, den Nelkenstrauß wieder mitzunehmen.

Maria aber raffte ein paar Habseligkeiten in ihren Koffer, gedankenlos, sinnlos. Sie wollte fort, irgendwohin. Nur wenn sie an Fann dachte, stahlen sich ein paar bittere Tränen in ihre Augen. Sicher würde da Pfarrer Pfund einspringen. Und dann noch einer, der dem Kind schon lange sein ganzes warmes Herz gegeben hatte.

Sie ließ die Hände ruhen und starrte durch das Fenster. Draußen flimmerte der Augustmittag, hell und grell. Sie schauerte zusammen trotz der Hitze. Vorgestern war's kühl gewesen dort unten und sie hatte sich doch so wohlig warm gefühlt.

Ein Gedanke kam ihr, ganz heiß und stark. Sie wollte noch einmal in den Garten sehen, ganz heimlich, verstohlen. Es sollte ein Abschied sein, ein Abschied für immer. Nur noch einmal in wenigen Sekunden die köstlichen Stunden durchleben, die ihr das Leben hier gegönnt hatte. Es lag sicher nichts Verbotenes darin. Dann wollte sie zurücklaufen, sich einschließen in ihr Zimmer und in der Dunkelheit zur Bahn schleichen. Philipp Schrankeler oder Knüll würden ihr wohl den Koffer schleppen helfen, wenn sie log, daß es Herr Hardesvogt so haben wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919241028-10/fragment/page=0005

Sitzung der Stadtverordneten.

Stürmische Getränkesteuerdebatte. — Annahme der Magistratsanträge.

Merseburg, 27. Oktober.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung wies in den Reihen der Stadtverordneten einige Lücken auf, sowohl auf der Rechten wie auf der Linken. Am Magistratstisch hatten Platz genommen: Bürgermeister Dr. Mosebach, die Stadträte Trumpler, Eichardt, Kohl, Wentscher, Pohle und Stadtbaurat Kollinger.

Im allgemeinen sind wir Merseburger ja gewöhnt, daß die Verhandlungen in unserem Stadtparlament sich in verhältnismäßig ruhigen Bahnen abwickeln. Wir dürfen uns rühmen, noch keine einzige Prügelei, wie sie ja jetzt in den Parlamenten an der Tagesordnung sind, erlebt zu haben und können uns was darauf einbilden. Bei der Tagesordnung gestern lag eigentlich auch gar kein Grund zu irgendwelcher Erregung oder hitzigen Debatten vor. Doch den Moskowitern scheint diese himmlische Ruhe auf die Dauer nicht gefallen zu wallen. Was diesen Leuten an Spiritus abgeht, das suchen sie, vor allem ihr Sprecher, Genosse Sähmisch, durch einen sinnlosen Wortschwall zu ersetzen. „Wir wissen genau, auf welcher Seite am meisten gesoffen wird." So flötet Obergenosse Sähmisch bei der Getränkesteuerdebatte zu den Bürgerlichen gewandt, und als ihn der Vorsteher mahnt, zur Sache zu sprechen, trotzt dieser Wicht ganz frech: „Das mache ich, wie ich will" und wirft obendrein noch unserm bewährten Stadtverordnetenoberhaupt einseitige Bevorzugung der Bürgerlichen vor; denn diese hätten zuerst das Wort „Sauferei" gebraucht. Bei seinen Moskaubrüdern mag Herr Sähmisch durch sein unparlamentarisches und, gelinde gesagt, ungezieme des Auftreten mächtigen Eindruck geschunden haben, im übrigen hatte man nur ein mitleidiges Lächeln für ihn. Nicht einmal dem Stadttürmer gönnten die Jünger vom Sowjetstern die wenigen Mark und stellten den Antrag auf Ablehnung der Vorlage. Nur der Haß gegen die Kirche war selbstverständlich hier die Veranlassung, der auch aus einer gottlosen Aeußerung des Obergenossen sprach. Die anderen beiden Punkte der Tagesordnung fanden eine ruhigere Erledigung, doch mußte auch das unschuldige „Verkehrshäuschen" noch zu einer längeren Debatte herhalten. Nun, es wird nicht lange dauern, dann ziert es oben die Ecke der Weißenfelser- und Gotthardtstraße, und auch seine Gegner werden nicht mehr böse darüber sein. Schließlich redet Herr Kämpf von der SPD. den Sozialrentnern usw. noch warm das Wort; denn er und seine Partei haben einen weiten Blick, denken an die kommenden Wahlen und wollen sich jetzt schon möglichst auch in der kommunalen Betätigung darauf einstellen. Ja, ja, der kluge Mann baut vor. Wir stehen im Wahlkampf, denkt Herr Kämpf. Zum Schluß bekommt das „Blättchen", wie der „Klassenkampf" sein Bruderblatt von der SPD., das Hallesche „Volksblatt" nennt, das sich s. Zt. einmal über den „Arbeitgeber-Syndikus" Trumpler ausließ, von diesem noch eins ausgewischt.

*

Sitzungsbericht.

Stadtv.-Vorsteher Junker eröffnet um 6 Uhr die Sitzung und teilt mit, daß der Landeshauptmann Dr. Hübener in einem Schreiben den Magistrat von der Uebernahme seiner Amtsgeschäfte in Kenntnis gesetzt habe. Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

II. Nachtrag zur Getränkesteuerordnung.

Stadtv. Stoebe (D.V.P.) berichtet über die Vorlage. Nach diesem 2. Nachtrag kann u. a. die Besteuerung der Mineralwässer ohne Bedenken fallen gelassen werden, weil hierdurch der Steuerertrag aus der Getränkesteuer so gut wie garnicht beeinträchtigt wird. Weiter soll eine Erleichterung für die Gastwirte dadurch geschaffen werden, daß die Steuer von den Brauereien gezahlt werden soll. Dann müßte die jetzige Art der Besteuerung des von den Gastwirten ausgeschänkten Branntweins fallen gelassen werden. Der Ausfall, der durch den Fortfall der bisher von den Gastwirten gezahlten Trinkbranntweinsteuer entsteht, wird durch einen erhöhten Biersteuersatz abgegolten. Die Berechnungen an der Hand der Steuereingänge der letzten Monate haben ergeben, daß bei einem Mindeststeuersatz von 3,30 Mark je Hektoliter Bier der Ausfall an der bisher erhobenen Trinkbranntweinsteuer bei den Gastwirten gedeckt wird. Im übrigen beträgt die Biersteuer 5 Prozent des Kleinhandelspreises. Die Besteuerung der im Kleinhandel verbrauchten, sowie der von auswärts eingeführten Getränke soll wie bisher üblich beibehalten werden. Der 2. Nachtrag zur Getränkesteuerordnung bezweckt ausschließlich nur eine Vereinfachung des Veranlagungs- und Erhebungsverfahrens. Der Steuerertrag bleibt gegenüber der bisherigen Ordnung derselbe.

Stadtv. Beth (DVP.) bemerkt, daß die Gastwirte bei ihren Verhandlungen mit dem Magistrat über diese Steuer mehr Entgegenkommen von diesem erwartet hatten, doch habe die Behandlung dieser Sache immerhin eine Vereinfachung erfahren, und er bitte, wenn auch schweren Herzens, um Annahme des Antrages. Stadtv. Sähmisch (Kom.) polemisiert gegen den Stadtv. Beth und betont, daß sie Gegner der Steuer seien, aber für ihre Vereinfachung stimmen würden. Stadtrat Trumpler bittet ebenfalls, der Vorlage zuzustimmen. Stadtv. Kämpf (SPD.) erklärt, da die Branntweinsteuer aufgehoben werden soll und dafür das Bier umsomehr besteuert werde, würden die Sozialdemokraten den Antrag ablehnen. Stadtv. Sähmisch (Kom.) äußert nun, das hätten sie nicht gewußt, würden aber nun ebenfalls der Vorlage ihre Zustimmung versagen. Stadtrat Trumpler betont, daß es sich hier lediglich um einen Vertrag mit den Gastwirten zur Vereinfachung der Steuer handele und von einem eigentlichen Verzicht auf die Branntweinsteuer keine Rede sein könne, auch glaubt er nicht an eine Bierpreissteigerung. Ebenso meint auch Bürgermeister Dr. Mosebach, daß das Bier nicht teurer werden wird. Stadtv. Krüger (SPD.) ist der Ansicht, man solle die Steuer so belassen, wie sie bisher gewesen sei oder doch ganz aufheben. Damit sei den Gastwirten sowohl als auch den Konsumenten gedient. Stadtrat Trumpler behauptet nun, daß doch gerade die Linke am Bestand der Steuer Interesse haben sollte: denn im „Klassenkampf" seien in einem Artikel über die Quäker die Schwierigkeiten geschildert worden, die sich der Fortsetzung des Hilfswerkes deswegen in den Weg stellen, weil die Quäker den großen Bierverbrauch der Deutschen rügen und meinten, die Deutschen sollten die dafür verausgabten Mittel lieber ihren Kindern zu Gute kommen lassen. Stadtv. Beth (DVP.) spricht noch einmal zu der Vorlage und stellt nun den

Antrag auf Aufhebung der Steuer.

Stadtv. Sähmisch erwidert Stadtrat Trumpler, daß im „Klassenkampf" nicht von Bier, sondern vom Weim die Rede gewesen sei, läßt sich in Schmähreden über die „Sauferei" der Bürgerlichen aus und es entsteht, als Stadtv.-Vorsteher Junker ihn mahnt, zur Sache zu reden und nicht von „Sauferei" zu sprechen ein harter Wortwechsel zwischen ihm und dem Stadtv. Vorsteher, der seinen unverschämten Worten energisch entgegentritt. Nachdem noch Stadtv. Teller (Dem.), der für den Magistratsantrag eintritt, Stadtv. Brenner (DVP.) und Stadtrat Trumpler zu der Vorlage kurz gesprochen hatten, gelangt man zur Abstimmung. Der Antrag Beth auf Fallenlassen der Steuer wird abgelehnt. Dafür stimmt die Linke und Stadtv. Beth. Darauf wird mit den Stimmen der Volksparteiler, Demokraten und Deutschnationalen der Magistratsantrag angenommen.

Besoldung des Stadttürmers.

Ueber diesen Punkt der Tagesordnung referiert Stadtv. Hauffe (Dem.). Wir haben die Vorlage bereits veröffentlicht. Stadtv. Sähmisch (Kom.) beantragt Ablehnung des Magistratsantrages. Stadtv. Krüger (SPD.) will bald einmal etwas Näheres über die Sirenenversuche, die vom Stadtturm aus vorgenommen werden sollten, hören. Die Vorlage findet nach Ablehnung des Kommunistischen Antrages Annahme.

Befestigung des Bürgersteiges in der Naumburgerstraße.

Berichterstatter: Stadtv. Krüger regt an, gleichzeitig eine Verbreiterung der Weißenfelserstraße von der Einmündung der Naumburgerstraße bis zum Eingang Bürgergarten vorzunehmen. Der Magistratsantrag wird einstimmig angenommen und der Anregung des Stadtv. Krüger zugestimmt.

Errichtung eines Verkehrshäuschens Ecke Weißenfelser- und Gotthardtstraße.

Anstelle des abwesenden Stadtv. Schäfer (Dn.) berichtet Stadtv.-Vorsteher Junker über diesen Antrag des Magistrats und empfiehlt seine Annahme. Stadtv. Geske (DVP.) bemerkt, seine Partei sei der Ansicht, daß die Errichtung des Häuschens wegen der in der Nähe liegenden Bedürfnisanstalt des Straßenbahnhofes in der Hölle nicht notwendig sei, ausgehend von dem Gesichtspunkte, daß die Stadt alle Kosten sparen müsse, die vermeidbar seien. Es wird nun verschiedentlich noch die mangelhafte Beschaffenheit der Aborte des Gemeinschaftsbahnhofes gerügt und Bedenken werden laut betr. den Verkauf von Lebensmitteln in dem auf der unterirdischen Bedürfnisanstalt zu erbauenden Verkehrshäuschen. Letztere werden jedoch durch Ausführungen des Stadtbaurats Zollinger zunichte gemacht, sodaß der Antrag gegen die Stimmen der Volksparteiler Annahme findet.

Stadtv. Vorsteher Junker gibt bekannt, daß von den Sozialdemokraten Anfragen betr. die Unterstützung der Sozialrentner usw. beim Magistrat eingelaufen seien. Stadtv. Kämpf (SPD.) bemerkt u. a., da ßdie Fraktion es sich vorbehalte, in diesen Angelegenheiten in Kürze entsprechende Anträge einzubringen. Auf Anregung des Stadtv. Hirschfeld (SPD.) werden die Stadtverordneten demnächst die neue Volksschule in der Weißenfelserstraße in Augenschein nehmen. Endlich widerlegt noch in längeren Ausführungen Stadtrat Trumpler einige unzutreffende Behauptungen der sozialdemokratischen Zeitung, des „Volksblattes" über seine Tätigkeit als Syndikus.

Stadtv. Vorsteher Junker schließt kurz vor 7,45 Uhr die Sitzung. —ch.

---

schwemmung von Getreide und Mehl wie im vorigen Jahr dürfte diesmal daher nicht zu rechnen sein, es sei denn, daß irgendwelche Währungen wieder ins Wanken gerieten.

Für die Preisgestaltung maßgebend dürften daher die höchsten Gestehungskosten, also die der Vereinigten Staaten sein. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Durchschnittsniveau der Industriepreise gegenüber 1914 ungefähr das Doppelte ist, die Löhne sich sogar verdierfacht haben, so kann man sich vorstellen, daß die erhöhten Getreidepreise nicht auf Spekulation und Wucher sondern auf unumstößlich richtigen volkswirtschaftlichen Voraussetzungen beruhen.

Aus dem Gerichtssaal.

n. **Merseburg**, 27. Oktober.

Der Arbeiter Otto W. aus Keuschberg stand unter der Anklage, am 15. März d. J. dem Landwirt G. in Lennewitz einige Zentner Briketts gestohlen zu haben. Das Gericht erkannte auf eine Strafe von 3 Monaten und unter Wegfall der am 9. Oktober 1924 verhängten Strafe auf eine Gesamtstrafe von 2 Jahren und 1 Monat.

Der Bäckergeselle Arthur R., z. Zt. in Untersuchungshaft hier, hatte am 3. April d. J. zusammen mit dem inzwischen abgeurteilten Arbeiter W. dem Mühlenbesitzer K. in Geusa einen Treibriemen und zwei Sack Weizen gestohlen. Er wurde mit 3 Monaten Gefängnis bestraft, worauf 2 Monate Untersuchungshaft angerechnet wurden. Für den verbleibenden Rest von 1 Monat beschloß das Gericht Strafaussetzung auf 3 Jahre.

Der Arbeiter Richard M. und der Schuhmacher Heinrich B., beide in Haft, hatten in der Nacht vom 3. zum 4. November 1922 in Ruschesfelde aus der geschlossenen Scheune mittels Einschlagen des Schlosses acht Zentner Getreide gestohlen, bei dessen Wegtransport ihnen der Arbeiter Friedrich F. von hier Beistand geleistet hatte. Die Angeklagten M. und B. wurden wegen schweren Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis, von denen 6 Wochen durch die Untersuchungshaft verbüßt sind, und B. zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei dem Angeklagten F. erkannte das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von 1 Woche.

Der Elektriker Fritz Maß aus Naundorf war angeklagt worden, weil er Ende des Jahres 1923, Anfang 1924 das Vermögen des Gastwirts Kurt K. um 12 Mk. schädigte, indem er Stühle, die diesem gehören sollten, an einen Dritten verkaufte. Er wurde von der Anklage des Betruges freigesprochen.

Das Dienstmädchen Else O., z. Zt. in Untersuchungshaft, stahl dem Dienstmädchen Frieda K. in Benndorf am 6. September 1924 ein Kleid. Das Gericht erkannte auf 6 Wochen Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten.

Wegen Bettelns und Landstreichens hatte sich der Arbeiter Johann J., z. Zt. hier in Haft, zu verantworten. Er wurde mit 2 Wochen Gefängnis bestraft, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind.

Der Rechtsanwalt Walter E. von hier hatte Einspruch gegen einen polizeilichen Strafbefehl erhoben, der ihn beschuldigte, die Straße vor dem Grundstück Brühl 3 nicht haben reinigen zu lassen. Da er entgegen der Annahme keinerlei Verwaltungsgeschäfte für das Grundstück übernommen hatte, wurde der Angeklagte freigesprochen.

Der Arbeiter Otto B. von hier hatte im November und Dezember vorigen Jahres auf dem hiesigen Güterbahnhof einige Zentner Briketts gestohlen, wovon die Ehefrau Luise des Angeklagten einen Zentner weiterverkaufte. Der Angeklagte wurde zu 3 Monaten, seine Ehefrau zu 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Der Arbeiter Erich W. hatte Einspruch gegen eine Strafverfügung, wonach er am 18. April 1924 ruhestörenden Lärm verursacht, Widerstand geleistet und den Polizeiunterwachtmeister K. beleidigt haben sollte. Das Gericht erkannte in den ersten beiden Fällen auf je 6 G.-M., im letzten Falle auf 30 G.-M. bzw. auf 14 Tage Haft. Dem Polizeiunterwachtmeister K. wurde das Recht zuerkannt, den entscheidenden Teil des Urteils einen Monat nach Rechtskraft zu veröffentlichen.

Der Arbeiter Gustav D. von hier hatte am 26. Mai d. J. dem Fleischermeister B. eine Sense gestohlen. Er wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht beschloß Strafaussetzung bis zum 30. September 1927.

Die Verhandlung der Strafsache gegen den Schlosser Erich H. von hier mußte vertagt werden, da der Zeuge J., obwohl vorschriftsmäßig geladen, nicht erschienen war. Das Gericht beschloß, ihm außer den Kosten des heutigen Termins eine Ordnungsstrafe von 20 G.-M. aufzuerlegen.

Der Handelsmann Max K. stand unter der Anklage, im Juli und August 1923 geholfen zu haben, Eisenteile vom Sportplatz des Vereins für Leibesübungen in Göhlitzsch unerlaubterweise fortzuschaffen. Er wurde freigesprochen und bezüglich der anderen Angeklagten der Termin vertagt.

Die Ehefrau Frieda K. von hier hatte dem Arbeiter Sch. von hier zwei silberne Löffel gestohlen und weiterverkauft. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten.

Die wegen Betteln angeklagten Arbeiter Franz R. und Sch. wurden zu je 1 Tag Haft verurteilt.

Die Verhandlung in der Privatklage des Arbeiters Z. von hier gegen die Ehefrau K. wurde vertagt.

Turnen, Spiel und Sport.

Handball.

Die beiden Handballspiele am Sonntag auf dem 99er-Platz brachten zwei 1:0-Resultate. Im ersten Treffen schlug mit diesem Ergebnis Hall. Ruderklub die 99er Jugend, obwohl die Hiesigen bei nur etwas energievollerem Stürmerspiel mindestens den Ausgleich hätten erzielen müssen. Anschließend holten sich dann die 99er Damen einen 1:0-Sieg gegen Wacker Halle. Das Tor war ein 13 Meterwurf von Frl. Wiedemann. Beide Spiele leitete der Schiedsrichter (V. f. L.) einwandfrei.

*

Fußball.

Sp.-V. 99—Borussia Halle.

Am kommenden Sonntag erwartet der Sportverein 99 die hallische Borussia zum vorletzten Verbandsspiel der ersten Serie; vorher spielen 99 Reserve—V. f. L. Reserve das noch ausstehende Punktspiel.

*

Wasserball.

Der hiesige Schwimmsportverein 23/99 trug gestern im hallischen Stadtbad ein Uebungsspiel gegen 96 aus und unterlag ehrenvoll 5:4, was bei dem mangelnden Training der Hiesigen recht beachtenswert ist.

Handel und Verkehr.

Devisenmarkt.

Berlin, 27. Oktober. Etwas stärkere Nachfrage trat heute wie gewöhnlich am Wochenbeginn zutage. Die einzige europäische Devise, die heute fest lag, war Amsterdam, sonst konnten nur kleine Rückgänge festgestellt werden. Dollarschatzanweisungen waren wieder etwas besser gefragt und stellten sich auf 87,80 Prozent, Goldanleihe unverändert. Polennoten 78,20—82,20, Oesterreicher 5,905—5,925, Italiener 18,05—18,15, Schweizer 80,575—80,975.

Effektenbörse.

Die Leipziger Börse zeigte gestern im Gegensatz zu Berlin ein wenig freundlichere Haltung, während Berlin unverändert matt verlief. Kriegsanleihe konnte sich in Leipzig bis 480 erholen, während Berlin 470—465 notierte und auch nachbörslich keine Veränderung meldete. Das Geschäft bleibt äußerst still. Der Geldmarkt zeigte eine Versteifung. Tagesgeld bedingt $^3/_8$—$1/_2$ %, Monatsgeld ca $1^1/_4$ %.

Effektenkurse

(mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merseburg)

Berliner Börse vom 27 Oktober 1924.

Hapag	24½	Charlott. Wasser	22½
Hansa Dampf	5½	Chem. Heyden	2½
Nordd. Lloyd	4,10	Chem. Gelsenkirchen	38,—
Ver. Elbeschiff.	2,—	Contl. Kautschuk	7½
Berl. Handelsges.	22,—	Cröllw. Papier	6½
Commerz- u. Priv.-Bk.	4½	Daimler Motoren	2,70
Dampf. n. Rationalb.	7,60	Dessauer Gas	22,—
Deutsche Bank	10,10	Dt. Kabel	1,10
Diskonto Kom.	11½	Eisenburger Cattun	17,90
Dresdner Bank	6½	Elberfelder Farben	15½
Hyall. Pk.-Verein	1,30	Fahlberg List	4½
Leipz. Crd. (Abcq.)	1½	Fraustadt Zucker	13,90
Reichsbk. Anteil	49,40	Froebeln Zucker	6,60
Sächs. Bank	48½	Gesenkirch. Bergw	49,50
Engelhardt-Br.	28,—	Genthiner Zucker	3,20
Schultb.-Patzenh.Br.	20,—	Ges. f. elektr. Unt.	12,8
Leipzig Riebeck	8½	Glanz. Zucker	17,—
Agfa	15½	Hagedo	1,—
A. E.-G.	7,70	Hartmann Sächs. Masch.	3,60
Ammendorf Pap.	4½	Hirsch Kupfer	15,10
Bad. Anilin	17½	Hoechster Farben	15½
Schwartzkopf Masch.	10½	Ilse Bergbau	14½
Braunk. u. Brik.	35½	Kahla Porz.	6½
Busch opt. Ind.	3,10	Kirchner & Co.	17,70

(Alles in Billionen Prozent.)

Köln-Rottweiler	8,—		
Köbisdorf Zucker	—		
Leopold Grube	7½		
Leutke Plano	0,60		
Linde Eismasch.	6,70		
Mansfeld	2,90		
Nordd. Wollkämmerei	49,—		
Oberschl. Eis. B.	8½		
Ostwerke	20,—		
Phönix Bergbau	35,80		
Plauen Tüll	4,10		
Rauchw. Walter	1,30		
Rhein. Sprengstoff	5,80		
Rositzer Zucker	42½		
Rüdersdorf Zement	—		
Fritz Schultz jr.	18½		
Siegen Solingen	1½		
Stöhr	31½		
Teichgräber	1,—		
Thür. Gas	7,—		
Tritzowerke	2,70		
Ver. Bln. Frf. Gum.	2½		
Wegelin & Hübner	5½		
Zuckmantler Maschc.	1,20		

(Alles in Billionen Prozent.)

Berliner Freiverkehr vom 27. Oktober 1924.

Becker Kohle	5,—	Hagen-Röttein	—
do. Stahl	0,65	Kurfürsten Brauek.	0,30
Berlin-Halbdrst.	0,075	Schebera	1,85
Brown Boveriе	0,95	Stahlwerk Krone	0,40
Dt. Walb u. Holz	0,045	Strakauer Glas	12½

Ver. chem. Zeitz	4½		
Zeitzer Eisen	5½		
Nationalfilm	0,575		
Ufafilm	10,—		
Diamant	16,—		

(Alles in Billionen Prozent.)

Leipziger Börse vom 27. Oktober 1924.

Chroma Ofenfrk.	2,30	Baradiesb. Steiner	2,—
do. Stahl	3,—	Rauch. Walter	1,90
Falkenst. Gard.	11,8	Riquet & Co.	5,—
Gaußsch Kammgarn	4,—	Sächs. Gußstahl Weißf.	8,10
Groß Kunstanst.	2,10	Sondermann u. Stier	0,55
Heber, Otto	0,60	Seydel, Clodwig	1,20
Hupfeld	3,625	Warsbauser Kamm.	6,30
Landkraft. Leipzig	4,50	Preiverkehr.	
Lpzg. Buchd. Fritzsche	5,40	Apparatebau Weimar	0,80
Lindner	5,40	Bauchn. Pischerer	0,15

Dähne, Max	0,16		
Eimer, Hans	0,47		
Heine & Co.	1,75		
Leipz. Kammgarn	2,95		
Nordd. Gen. Scheine	58,—		
100	133,—		
Poege Elektr.	1,25		
Samtunie	0,045		
Thür. Zucker Balchleben	9,50		
Wolfa-Hainichen	1,10		

(Alles in Billionen Prozent.)

Produktenmarkt.

Berlin, 27. Oktober. In Roggen trat heute bei sehr geringem Angebot eine kleine Erholung des sehr gesunkenen Preises ein. Weizen blieb behauptet. Sommergerste mußte noch etwas nachgeben. Dagegen lag Hafer auch ein wenig fester. Der Mehlmarkt blieb unverändert. Futtermittel still und schwach.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 27. Oktober.

Auftrieb: 664 Rinder (231 Ochsen, 151 Bullen, 105 Kalben, 177 Kühe), 353 Kälber, 651 Schafe, 2210 Schweine, zusammen: 3878. Außerdem von Fleischern direkt zugeführt: 3 Rinder, 11 Kälber, 31 Schafe, 256 Schweine. Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in Goldmark: Ochsen: a) 48—50, b) 37—47, c) 28—36, d) —; Bullen: a) 46—48, b) 40 bis 45, c) 35—39, d) —; Kalben und Kühe: a) 48—50, b) 48 bis 50, c) 37—47, d) 28—36, e) 20—27; Kälber: a) —, b) 74—78, c) 55—73, d) 40—54; Schafe: a) 52—56, b) 40 bis 51, c) 25—39; Schweine: a) 80—84, b) 85—87, c) 75—79, d) 65—74, e) 65—74. Geschäftsgang: Rinder und Schweine sehr langsam; Kälber und Schafe mittelmäßig. — Ueberstand: 145 Rinder (davon 93 Ochsen, 1 Bulle, 15 Kalben, 31 Kühe) und 200 Schweine.

Berliner Metallpreise vom 27. Oktober.

Elektrolytkupfer 127, Raffinadekupfer 117—118, Weichblei 69,50—70, Rohzink 64,50—65,50, Aluminium 230 bis 240, Bankazinn 495—525, Reinnickel 295—305, Barrensilber (ca. 900 f.) 98,25—99,25.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919241028-10/fragment/page=0006